

# Metallarbeiter-Zeitung.

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.  
Reichspost-Zeitungsliste Nr. 5047 a.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötterstraße Nr. 16b.  
Telephonruf Nr. 3392.

Inserte  
für die sechsgepaletete Colonne oder deren Raum 80 Pf.  
Bei Wiederholungen Rabatt.

## Die Uhrenindustrie in der Schweiz.

Vor einigen Monaten wurde an dieser Stelle eine Darstellung der Uhrenindustrie in Baden und Württemberg gegeben und gezeigt, wie schlimm die Verhältnisse der Uhrenarbeiter im Jahre 1902 waren. In der Schweiz, wo die Uhrenindustrie noch größere Bedeutung besitzt, waren die Arbeiter nicht besser daran, indem unter dem Einfluß der allgemeinen Wirtschaftskrise der Absatz an Uhren erheblich zurück ging und daraus Produktionseinschränkung, Arbeitslosigkeit und Lohnreduktionen folgten. In welchem Maße die Uhrenproduktion zurück ging, läßt der Bericht des schweizerischen Handelsdepartements erkennen. Darnach haben die Kontrollämter für Gold- und Silberwaren im Jahre 1902 3283172 goldene und silberne Uhrgehäuse abgestempelt gegen 4383828 in 1901, also im Berichtsjahr um 1100656 Stück weniger. Die Zahl der goldenen Uhrgehäuse ging von 653228 in 1901 zurück auf 544559 in 1902, um 108669; die Zahl der silbernen Uhrgehäuse um 991987 von 3730600 auf 2738613. Daran waren alle Zentren der Uhrenindustrie beteiligt, am stärksten Pruntrut im Kanton Bern, wo die Zahl der silbernen Uhrgehäuse von 451640 auf 240170 zurück ging. Es liegt auf der Hand, daß ein solcher enormer Produktionsrückgang eine starke Arbeitseinschränkung und Arbeitslosigkeit zur Folge haben mußte. In Biel, wo die Zahl der silbernen Uhrgehäuse von 555769 auf 475239 zurück ging, waren die Beschäftigungsverhältnisse nach einer vom Abjunkten des schweizerischen Arbeitersekretariats, Genossen Reimann in Biel, veranstalteten Untersuchung folgende. 625 Uhrenarbeiter waren ganz oder teilweise arbeitslos und zwar hatten

91	gar keine Arbeit in der Woche,
4	nur 1 Tag
1	1 bis 2 Tage Arbeit in der Woche
18	3
5	2
217	3
4	3
81	4
71	4
188	5

Am meisten, wird dazu bemerkt, litten die Schalenmacher und die Graveure. Das kommt davon her, weil Amerika von der Schweiz eine Masse Uhrwerke bezieht, die Gehäuse, die Schale dagegen selbst fabriziert und decoriert. Die Anstrengungen, die von einem besonderen Komitee gemacht wurden, durch Verbesserung des Werkzeugs und damit der Fabrikation selbst die amerikanische Konkurrenz, namentlich auf dem Gebiet der Schalenindustrie, aus dem Felde zu schlagen, scheinen bis heute noch von keinem nennenswerten Erfolg gekrönt worden zu sein.

In Übereinstimmung mit dem Rückgang der Produktion steht auch der Rückgang der Ausfuhr an Uhren. Es wurden exportiert:

Jahr	Stückzahl	Wert in Franken
1902	7334862	118679002
1901	8044861	128319001
1900	7413270	120193049
1899	6718428	110915785
1897	5487298	109765315
1894	4373075	90663795
1891	4347316	103397053

Darnach war die Ausfuhr an Uhren der Menge wie dem Werte nach erheblich geringer als 1901, aber immerhin noch beträchtlich höher als in den meisten früheren Jahren. Das Jahr 1901 zeigt das Maximum und es mußte damit gerechnet werden, daß der Export beim Eintritt einer Wirtschaftskrise mehr oder weniger zurückgehen wird. Im laufenden Jahre hielt anfänglich die rückläufige Bewegung noch weiter an, so daß in den sieben Monaten Januar bis Juli die Zahl der abgestempelten Uhrenschalen mit 1654038 um 138053 geringer war als in der gleichen Periode 1902. In den letzten Monaten ist aber von eingetretener Besserung berichtet worden, so daß die schlimmste Krise wieder überstanden ist; freilich weiß man nicht, wann etwa ein neuer Rückschlag eintritt. An der eingetretenen Besserung ist vor allem Amerika beteiligt, wohin im ersten Halbjahr mit 4568929 Franken um über 1 Million Franken mehr exportiert worden ist als in derselben Zeit 1902. An der Ausfuhr im vorigen Jahre waren am stärksten England und Deutschland beteiligt, ersteres mit 29325000 Franken, letzteres mit 27361000 Franken, ferner Österreich-Ungarn mit 11836000 Franken, Rußland mit 11312000 Franken, Italien mit 7024000 Franken, Vereinigte Staaten von Nordamerika mit 4933000 Franken, Frankreich mit 4059000 Franken, Spanien mit 3282000 Franken und so weiter.

Bedenklich stehen für die schweizerische Uhrenindustrie die Ausichten der Zukunft. Auf sie wirkt die jüngste verschärfte Zollpolitik geradezu wie Dynamit. Die schweizerischen Uhrenfabrikanten wandern aus, entweder unter vollständiger Aufgabe der bisher betriebenen Fabrik in der Heimat oder in der Form der Errichtung von Fabrikfilialen im Ausland. So hat die Uhrenfabrik Obrecht in Grenchen

eine große Uhrenfabrik in Como (Italien) an der italienisch-schweizerischen Grenze errichtet, um dadurch nicht nur den italienischen Einfuhrzoll zu umgehen, sondern auch die schlechten italienischen Arbeitslöhne sich zu nütze zu machen. Hierbei handelt es sich um eine Fabrikfiliale, da die Fabrik in Grenchen weiter betrieben wird. Auch in Rußland (Warschau und Odessa) sind von schweizerischen Uhrenfabrikanten neue Uhrenfabriken eröffnet worden, desgleichen in Deutschland, auf badischem und elsässischem Gebiet bei Basel an der deutsch-schweizerischen Grenze. Darüber ist feinerzeit aus Basel dem Berner Bund folgendes berichtet worden: „In dem eine Stunde von Basel entfernten Grenzorte Hegenheim wurde von zwei vieler Uhrenfabriken Bauterrain für die Errichtung von zwei größeren Uhrenfabriken erworben, und mit dem Bau derselben soll alsbald begonnen werden; bereits im Herbst soll der Betrieb der neuen Fabriken eröffnet werden. In dem eine halbe Stunde von Basel entfernten Vorort St. Ludwig haben drei Neuenburger Uhrenfabrikanten Bauterrain in allernächster Nähe der schweizerischen Grenze erworben, auf welchem größere Uhrenfabriken errichtet werden; in dem benachbarten Gillingen befindet sich bereits seit einigen Jahren schon eine größere Filialfabrik einer Uhrenfabrik von Chaux-de-Fonds in Betrieb.“ Diese Massenflucht der schweizerischen Uhrenfabrikanten verursacht begreiflicherweise in den Kreisen der Uhrenarbeiter große Aufregung, denn dadurch wird die Arbeitsgelegenheit erheblich gemindert und werden die Arbeits- und Lohnverhältnisse verschlechtert. Das Organ der Uhrenarbeiter, die Solidarité d'horlogère warf angeichts dieser Vorgänge die Frage auf: Was tun? und es antwortete darauf: „Es gab einen Moment, wo die Uhrenarbeiter tapfer gegen diese Gefahr ankämpften, aber ohne daß sie von den übrigen Interessenten, Fabrikanten und Behörden etwa mit Nachdruck unterstützt worden wären! Alles wäre aber auch jetzt noch nicht verloren, wenn die Angelegenheit von sämtlichen Interessenten diskutiert und die beschlossenen Maßregeln dann auch loyal befolgt würden. Was die Auswanderung anbelangt, so vermöchten wir bis dahin für die Arbeiter sowohl als die Fabrikanten keine Vorteile herauszufinden. Die Produktionsbedingungen sind in der Schweiz auf einem Niveau angelangt, welches es dem Ausland selbst schwer macht, zu konkurrieren. Was die schweizerische Uhrenindustrie retten kann, das ist einzig und allein gute Ware mit mäßigen Preisen.“

Unverkennbar unter dem Einfluß dieser Vorgänge haben die Fabrikanten bereits in der Frage der Einführung neuer Arbeitsmaschinen und der weiteren Teilung der Arbeit vor einigen Monaten über die Arbeiter gestimmt und dadurch eine Streitfrage zu ihren Gunsten entschieden, die jahrelang beide Parteien angelegentlich beschäftigt. In fünf Orten wo an über 300 Schalenmacher in den Streik getreten, um das Überhandnehmen der Maschinenarbeit und die Verdrängung der Handarbeit zu verhindern. Die Frage wurde unter dem Druck der von den Verhältnissen geschaffenen Zwangslage auf dem am 9. August 1903 in Biel abgehaltenen Kongress des Schalenmacherverbandes grundsätzlich dahin entschieden, daß jedes neue Arbeitsverfahren, das aus der Einführung neuer Maschinen herrührt, anzunehmen sei. Zu dieser Stellungnahme hatte Reimann schon 1901 im Jahresbericht des schweizerischen Arbeitersekretariats geraten, indem er ausführte: „Meine Meinung geht dahin, es sollte der Widerstand gegen die Maschine und die Teilarbeit aufgegeben werden. In allen Fabriken oder größeren Ateliers, die mit den Mitteln der modernen Technik arbeiten wollen, wird die Stillarbeit ersetzt durch die Taglohn- oder Wochenlohnarbeit. Minimaltarife werden aufgestellt mit Zuschlägen für gewandtere und bessere Arbeiter, die einen auskömmlichen Verdienst sichern. Die Arbeitszeit wird auf neun Stunden reduziert. Mit dem weiteren Fortschreiten der Technik greift eine fernere Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit Platz. In den kleinen Ateliers, wo noch nach dem alten System gearbeitet wird, bleiben die Dinge unverändert.“ Und im Jahresbericht für 1902 gibt Reimann wiederholt seiner Überzeugung Ausdruck, „daß die Uhrenindustrie gegen den „Maschinenismus“ so wenig gefeit ist, wie irgend eine andere Industrie, und daß diejenigen den Nachteil haben werden, die das nicht einzusehen vermögen und fest und starr an einem Standpunkt festhalten, den die tatsächlichen Vorgänge auf industriellem Gebiet nicht mehr rechtfertigen. Soll es denn nicht genug sein an den Erfahrungen, welche die Schalenmacher von Chaux-de-Fonds mit ihrer Bekämpfung der Maschinen gemacht haben?“ Ferner: „Im Tätigkeitsprogramm unserer Uhrenarbeiterorganisationen sollte an Stelle des Kampfes gegen die Teilung der Arbeit stehen: Abschaffung der Akkordarbeit, Reduktion der täglichen Arbeitszeit, Festsetzung von Minimallöhnen und Verbot der Heimarbeit. Alles das ist durchführbar, während die Opposition gegen die Änderung der Arbeitsmethoden einfach unfruchtbar und aussichtslos ist.“ Nun, die Maschine hat auch in der Uhrenindustrie über den

Arbeiter gestimmt, jetzt gilt es, das vorstehende Programm durchzuführen und die Arbeits- und Lohnverhältnisse erträglich zu gestalten.

## Lebensversicherung, Sterblichkeit und Gewerkschaftsbewegung.

Die Beobachtung der sozialen Erscheinungen, auch derjenigen, die das Proletariat zunächst nicht berühren, ist für den gewerkschaftlich kämpfenden Arbeiter, insbesondere den Agitator, notwendig, denn alle Vorgänge des Wirtschaftslebens sind schließlich Symptome des völkerverherrschenden Kapitalismus. Längst nicht mehr mit Gleichgültigkeit geht das arbeitende Volk an den Geheimnissen zum Beispiel der Börse vorüber; längst haben unsere aufgeklärten Kollegen aus der Presse gelernt, daß der Schwindel in unserm Aktienwesen nicht eine Privatangelegenheit der Besizenden ist, sondern oft — wie wir das vor zwei Jahren sahen — dazu beiträgt, die Wirtschaftskrisen mit ihrer Vermehrung der Arbeitslosigkeit aufs äußerste zu verschärfen.

So erscheint es denn auch angebracht, einmal einen Blick auf die geschäftliche und finanzielle Bewegung der deutschen Lebensversicherungsgesellschaften im Jahre 1902 zu werfen, nachdem soeben eine diesbezügliche Aufstellung in Nr. 268 der offiziellen Münchener Allgemeinen Zeitung erschienen ist.

Die Lebensversicherungen haben den Zweck, ihren Kunden ein sorgloses Alter und deren Hinterbliebenen im Todesfall des Versicherten die Existenz zu sichern. Wie lassen die Frage unberührt, ob ein Arbeiter zu raten ist, sich in eine Lebensversicherung einzukaufen, falls er dazu in der Lage ist; es genügt darauf hinzuweisen, daß Arbeiter fast nie die wirtschaftliche Möglichkeit haben, die Beiträge zu zahlen, wenigstens nicht in einer Höhe, die für den Lebensabend oder für die etwaigen Witwen und Waisen ein vom Proletariatsstand befreites Schicksal gewährleistet.

Wir stehen vor dieser Tatsache indes nicht wie vor einem unabwendbaren Schicksal; vielmehr beweisen uns die Zahlen, daß es sehr wohl den durch die Gewerkschaften und den zielbewußten wirtschaftlichen Kampf aus der äußersten Not befreiten Teile der Arbeiterschaft möglich wäre, sich durch die Lebensversicherung das bitterste Elend für ihre alten Tage fernzuhalten und ihre Familie von dem äußersten Hunger im Falle des Todes des Ernährers zu befreien, wenn die Versicherungsgesellschaften verstaatlicht und ohne Profit für den Fiskus verwaltet würden.

Leider fehlt der Aufstellung die Genauigkeit, weil einige der Versicherungsgesellschaften die niedrigen Versicherungen, die sogenannten Volks-, auch Arbeiter- oder Marktversicherungen genannt, bei ihren Berechnungen nicht mitgezählt haben. Jedenfalls besteht ein größeres Bedürfnis nach Lebensversicherung als die kapitalistischen Gesellschaften erfüllen können. Müßten doch alle Gesellschaften einen großen Teil der an sie gelangten Anträge ablehnen. Von den 27 Versicherungsgesellschaften haben leider drei, von den 18 Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit zwei den Prozentsatz der von ihnen zurückgewiesenen Anträge verschwiegen; rechnen wir bei den 40 Versicherungsgesellschaften, die diesbezügliche Angaben gemacht haben, den Durchschnittsfall aus, so finden wir, daß 19 Prozent der Anträge zurückgewiesen worden sind; also nicht viel weniger wie der fünfte Teil derjenigen, die sich in eine Lebensversicherung einkaufen wollten, mußte darauf verzichten!

Wie wenig die heutige Form der Versicherungsgesellschaften sozialpolitischen Anforderungen genügt, beweist der große Teil derjenigen, die eine Zeitlang, manchmal wohl jahrelang ihre Beiträge zahlen und schließlich beim besten Willen nicht mehr in der Lage sind, weiter ihren Verpflichtungen nachzukommen und daher die durch große Entbehrungen aufgebracht, sich gleichsam vom Munde absparten Summen einbüßen.

Die Versicherungsanträge, welche im Jahre 1902 in sämtlichen 45 deutschen Lebensversicherungsgesellschaften abgeschlossen wurden, lauteten in Summa über Prämien in Höhe von 648994118 Mk., die im Todesfall oder an einem bestimmten Termin im Alter ausbezahlt werden sollten. Ausbezahlt wurden im Jahre 1902 Prämien in Höhe von 143412357 Mk. Trotzdem vermehrte sich die gesamte Versicherungssumme nur um 286803990 Mk.

Es betragen also im Jahre 1902:

Die für neu abgeschlossene Verträge bei Fälligkeit zu zahlenden Prämien	Mk. 648 994 118
Davon ab die wegen Fälligkeit ausbezahlten Prämien	= 143 412 357
bleibt	Mk. 505 581 761
Die Vermehrung der im Falle der Fälligkeit zu zahlenden Prämien betrug	= 286 803 990
Überschuß	Mk. 218 777 771



Mithin haben Leute, die insgesamt bereinst 218 776 771 Mk. zu erhalten berechtigt gewesen wären, wenn sie ihre Beiträge weiter hätten zahlen können, im Laufe des Jahres 1902 — also in einem einzigen Jahre! — ihre durch schwere Opfer erworbenen Rechte eingebüßt.

Würde der Staat die Lebensversicherungen übernehmen, ohne aus ihnen einen Profit ziehen zu wollen, so würde er viel kulantere Bedingungen zu stellen in der Lage sein. Wenn auch bei den Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit der Reingewinn den Versicherten zugute kommt, so ist dies doch nicht bei den 27 Aktiengesellschaften der Fall. Diese haben im Jahre 1902 im ganzen Dividende in Höhe von 5 121 234 Mk. an ihre Aktionäre verteilt, deren eingezahltes Kapital 34 002 296 Mk. beträgt. Die Herren haben mithin durchschnittlich ihr Kapital mit 15 Prozent verzinst. Das in der ältesten der bestehenden Lebensversicherungs-Aktiengesellschaften, der Lübecker, eingezahlte Kapital bringt sogar 62 2/3 Prozent Zinsen. Andere Gesellschaften verzinsen ihr eingezahltes Kapital mit 4 6/8, 4 2/2, 30 1/2 Prozent u. s. w. Viel mehr noch kommt in Frage, daß infolge des Nebeneinanderbestehens von 45 Versicherungsgesellschaften die Verwaltungskosten ungeheuer groß sind, sie überfliegen zum Beispiel bei der Auguste in Berlin die Jahreseinnahme! Bei einer Zentralisation des Versicherungswesens durch das Reich, etwa im Anschluß an die schon lange von der Sozialdemokratie geplante Zentralisation der Arbeiterversicherung würden mithin gewaltige Erfolge gezeitigt werden.

Natürlich geben wir von vornherein zu, daß der Ausbau der Invaliditäts-, Unfall-, Kranken- und Altersversicherung für uns viel wichtiger ist wie die weitergehenden Pläne auf Erhaltung einer eigentlichen Lebensversicherung für die Arbeiter; aber alle Mittel müssen eben in Angriff genommen werden, um das arbeitende Volk von der Sorge um die Zeiten des Alters, von dem Kummer, ihre Familie im Glend zurückzulassen, zu befreien.

Wie auf dem internationalen statistischen Kongreß kürzlich der Berliner Privatdozent Dr. Karl Ballod mitteilte, starben im Jahre 1899 unter 1000 Personen in Deutschland 21,80, in den deutschen Großstädten 19,84, also etwas weniger. Am günstigsten ist die Sterblichkeitsziffer auf dem platten Lande, was wohl auf die gesündere Luft zurückzuführen ist, bereits ungünstiger in den Kleinstädten; sodann kommen die Großstädte an die Reihe, während die Mittelstädte am allerungünstigsten daran sind. Die Mittelstädte haben die Nachteile der Großstädte, also vor allem den Fabrikdunst, ohne die Vorteile der Riesengemeinden zu genießen, wie die Kanalisation, gutes Trinkwasser, verbessertes Straßenpflaster, Zuschüttung der mit fauligem Wasser angefüllten Stadtgräben zc. Überall aber fieht der Arbeiter am schnellsten dahin.

Die beste „Lebensversicherung“ ist freilich bis zur gründlichen sozialen Umgestaltung der Gesellschaft die **Gewerkschaft**. Je höher die Löhne, je kürzer die Arbeitszeit, je besser die Behandlung, je tabelloser die zur Verhinderung der Unfälle und der Störung der Gesundheit getroffenen Vorkehrungen, je gefüllter die Unterstützungskassen der Verbände, um so länger bleibt die Arbeitskraft jedem einzelnen Arbeiter erhalten, um so geringer wird die Sterblichkeitsziffer innerhalb des arbeitenden Volkes sein.

Wie aber verschiedene Wege nach Rom führen, so dürfen die über den Rahmen der augenblicklichen Aufgaben der Gewerkschaften hinausgehenden Ideen nicht unerörtert bleiben, wenn sie den gleichen Zielen zu dienen in der Lage sind. Wir opfern nicht für Augenblickserfolge Ewigkeitsziele, aber wir unterstützen alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Maßnahmen, die in der Richtung zum Aufbau einer Freiheitsgesellschaft liegen, die eine vollkommene Lebensversicherungsgesellschaft aller Menschen auf Gegenseitigkeit sein würde. M.

### Der amerikanische Messerschmied.

Von O. Christensen.

(Schluß)

Der Betrieb einer amerikanischen Schleiferei setzt sich, wie wir gesehen haben, gewöhnlich aus der Arbeit in der Werkstatt und dem Verkauf von Barbierutensilien zusammen. Die meisten Schleifer sind in der Lage, ihr Geschäft nach und nach in dieser Weise zu erweitern. Ebenso oft tritt in dessen der umgekehrte Fall ein, daß eine Handlung in Messerwaren die Grundlage bildet und dann später eine Schleiferei hinzugefügt wird. In Amerika ist eben kein Handwerk wie bei uns genau geregelt. Jeder ergreift, was sich ihm gerade bietet, ohne Rücksicht darauf, ob er etwas davon versteht oder nicht. An weissen haben es übrigens die gebracht, die als gelehrte Tischler mit der Fabrikation von Barbierutensilien und anderen in das Fach einschlagenden Möbeln anzufangen. Wenn diese Leute auch nichts von der Schleiferei verstanden, so nahm ihr Geschäft doch naturgemäß einen größeren Umfang an und brachte sie mit Barbieren fast aller Staaten in Verbindung, so daß die Einrichtung einer Schleiferei bald zur Notwendigkeit wurde, die dann mit der Möbelfabrik emporwuchs.

Die soeben geschilderten Schleifer legen den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Reparatur und das Schärfen von Rasiermessern und Scheren. Hierin bringen sie es in der Regel zu einem hohen Grade von Vollkommenheit, häufig genug aber sind ihre Fertigkeiten hiermit erschöpft, indem sie von den übrigen Zweigen ihres Handwerks wenig oder gar nichts verstehen. Ihre Handarbeit besteht hauptsächlich aus Barbieren und Schneidern. Außerdem gibt es Messerschmiede — meistens sind es eingewanderte Deutsche —, die in jeder Arbeit ihres Faches wohl bewandert sind, es trotzdem aber selten zu Wohlstand bringen. Meister dieser Art, die mehr als einen Arbeiter beschäftigten, gehören zu den Ausnahmen. Man sieht also, daß Tüchtigkeit allein, wenn sie nicht mit kaufmännischem Verstand verbunden ist, im Lande der Dollars nicht immer den Ausschlag gibt. Der

### Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt im Monat September 1903.

Metall- und Maschinenindustrie.

Die Konjunktur in der Eisen- und Metallindustrie hat sich langsam weiter gehoben. Im Eisenhüttenwesen, insbesondere der Hochofenindustrie der rheinisch-westfälischen Bezirke, ebenso wie Schlesiens, herrscht zurzeit volle Beschäftigung. Arbeitsverkürzungen sind für September nicht mehr gemeldet, dagegen wird mehrfach die Tendenz zu Überarbeit festgestellt.

Die Handlungsbetriebe, insbesondere diejenigen, welche Gußeisen- und Abflußröhren herstellen, sind lebhaft beschäftigt. Auch im Baugewerbe gingen in der ersten Hälfte des Monats Aufträge in großem Umfang ein. Die Fabrikation von L-, U-, Z-Eisen im rheinisch-westfälischen Bezirke hatte gut zu tun, ebenso die Stahlwerke, die Emailwerke. Die Walzwerke waren stellenweise etwas schwächer beschäftigt; aus Schlesien wird hier das Vorkommen von Feierschichten gemeldet.

In der Maschinenindustrie hat sich nach den vorliegenden Berichten in den verschiedenen Bezirken die Beschäftigung auf der Höhe des August gehalten, so im Rheinischen, im Anhaltischen und Magdeburger Bezirk. Zum Teil hat sie sich noch gehoben, so in einzelnen Werken im schlesischen Bezirke. Die Kesselschmiede- und Eisenkonstruktionswerkstätten sind immer noch nicht genügend beschäftigt. Im Lokomotivbau ist der Beschäftigungsgrad bei den einzelnen Werken sehr verschieden; er ist im großen und ganzen aber als normal zu bezeichnen, wenigstens werden Arbeitsverkürzungen nicht gemeldet.

Der Geschäftsgang im Lokomotivbau war im Magdeburger Bezirk im September günstiger als in den Vormonaten. Innerhalb herrscht in dieser Industrie noch Überangebot von Arbeitskräften. Es wird wieder mit vollen Schichten gearbeitet. Die Berichte aus dem Werkzeugmaschinenbau sind diesmal ausgefallen.

Ebenso wie in den Vormonaten war in allen Bezirken auch im September die Beschäftigung des Eisenbahnwagenbaues eine unzureichende. Bestellungen der Staatseisenbahnen erleichterten die Lage etwas, immerhin haben in einer ganzen Anzahl von Werken Feierschichten noch eingelegt werden müssen, und in anderen Werken konnten nur mit stark verringertem Personal volle Schichten gearbeitet werden. Geplagt wird verschiedentlich über fühlbaren Mangel an gut ausgebildeten Handwerkern.

In der Drahtindustrie war die Beschäftigung etwas flau, immerhin konnte der volle Betrieb durchweg aufrecht erhalten werden. Der Absatz im September war günstiger als im August, was sich zum Teil daraus erklärt, daß die Verbraucher mit der Deckung ihres Herbst- und Winterbedarfs begannen.

### Elektrische Industrie.

Die Gesamtlage der Industrie wird von den einzelnen Stellen noch verschieden beurteilt, jedenfalls machte die Besserung der Verhältnisse auch im September weitere Fortschritte. Die Fabrikation von Spezialartikeln ist meist gut beschäftigt.

Im Bau von Dynamos, Elektromotoren und Transformatoren war die Beschäftigung normal, bei einigen Werken war sie ruhiger als im August, bei anderen lebhafter. Das Arbeiterangebot bewegte sich in den üblichen Grenzen, die Löhne lagen fest. Arbeitszeitverkürzungen werden in der elektrischen Industrie im September nicht mehr gemeldet. Die Telegraphie hatte gut zu tun, eine Änderung der Lage gegen August ist im September nicht eingetreten. In einzelnen Werken trat das Bedürfnis nach Überarbeit lebhaft hervor. Die Beleuchtungsbranche war entsprechend der beginnenden Herbst- und Winterzeit voll beschäftigt und hatte teilweise Überarbeit zu verzeichnen.

Die Fabrikation isolierter Drähte und Bleikabel war verhältnismäßig gut beschäftigt. Die Verkaufsziffern sind gedrückt. Für isolierte Drähte für Start- und Schwachstromkabel konnte die Beschäftigung besser sein. Die Fabrikation elektrischer Isoliermaterialien war zufriedenstellend beschäftigt. Das Angebot an Arbeitskräften war sehr knapp, die Werte mußten vielfach mit Überstunden und Nachtschichten arbeiten.

In der Akkumulatorenbranche hat die sehr starke Nachfrage angehalten. Arbeitskräfte waren in genügender Zahl zu beschaffen. Überarbeit und Nachtschichten kamen mehrfach vor. In der Fabrikation elektrischer Röhre liegt die Beschäftigung im September, es ist das eine alljährliche Erscheinung, die mit dem Beginn der Beschäftigungsjahre zusammenhängt. Die Arbeiterverhältnisse waren normal. Die Fabrikation elektromechanischer Apparate, elektrischer Meßinstrumente, elektrischer Ventilatoren und Klimatepparate hatte voll zu tun. In einzelnen Orten war Überangebot von Arbeitern zu verzeichnen, an tüchtigen Mechanikern besteht jedoch fühlbarer Mangel. Gut beschäftigt war auch die Fabrikation elektrischer Startapparate. Die Arbeiterverhältnisse waren normal, es fehlt mehrfach an weiblichen Arbeitskräften. Überarbeit kam mehrfach in nicht unerheblichem Maße vor.

Grund hierfür ist in diesem Falle darin zu suchen, daß Reparaturen drüber häufig teurer sind als Neuanschaffungen; hierzu kommt die Vorliebe des Amerikaners für alles Neue. Der Vollständigkeit wegen sei noch eine Art von Schleifern kurz erwähnt, die sich beinahe ausschließlich mit dem Schärfen von Schladetermessern und Sägenfeilen befassen. Ihre Werkstätten befinden sich in der Nähe der Fleischmärkte, ihr Wirkungskreis ist natürlich ein beschränkter.

Eine Spezialität Amerikas bilden die italienischen Scheren- schleifer, die wegen ihrer anspruchsvollen, wenn auch keineswegs gegenwärtigen Wirkamkeit nicht übergegangen werden dürfen. Ohne je ein Wort englisch zu lernen, durchziehen sie mit ihren höchst primitiven Maschinen, beständig läutend, zu Hunderten die Straßen der amerikanischen Städte. Mit dem Namen Messerschmied würde man ihnen zu viel Ehre antun, denn jede dieser Pflücker amertraute Schere ist unrettbar dem Untergang geweiht. Nach der ihnen widerfahrenen Behandlung ist es gewöhnlich unmöglich auch nur noch einen Faden damit zu zerschneiden. Obwohl nicht zu untergehende Konkurrenten der Messerschmiede, führen diese fahrenden Schleifer, denen immer wieder neue Schneidewerkzeuge zum Opfer fallen, den Händlern in diesen Artikeln doch manchen Käufer zu und tragen also mittelbar zur Belebung des Geschäftes bei. Hiermit wären die verschiedenen Arten kleiner Betriebe im wesentlichen erschöpft.

Wenn wir uns jetzt den eigentlichen Fabriken von Messerwaren zu, so finden wir im allgemeinen auch hier das Prinzip der Arbeitsteilung durchgeführt. Die beiden Haupttypen bilden die Establishments zur Herstellung von Scheren und Messern. In letzteren werden ausschließlich Tisch-, Bord-, Küchen- und ähnliche Messer fabriziert, deren Beschäftigung wegen der meistens geringen Haltbarkeit ein außerordentlich großer ist. Ein amerikanisches Tischmesser mittlerer Größe dient im Familiengebrauch selten länger als einige Jahre. Ein gefälliges Aussehen ist dieser Ware indes nicht abzusprechen. Die elegante Form bezieht sich hauptsächlich auf die Griffe. Diese werden meistens in Holz ausgeführt und sind dann sehr hübsch durch eingelegte Metallmuster verziert, eine Methode, die die Verkaufsziffern und

### Die Arbeitslosigkeit nach den Nachweisungen der Krankenkassen.

Krist man die Zahlen der Betriebskassen, so ergibt sich vor allem eine Steigerung der Mitgliederzahlen bei der Metall- und Maschinenindustrie. Während im ganzen Reich bei den an die Berichterstattung angeschlossenen Betriebskassen eine Zunahme von 4086 männlichen Mitgliedern stattfand, betrug diese bei den berichtenden Betriebskassen der Metall- und Maschinenindustrie allein 2247 Personen, das ist also rund die Hälfte der ganzen Zunahme. Es bestätigt das die auch sonst von allen Seiten gemeldete Besserung. Eine geringe Zunahme zeigt auch der Kohlenbergbau, eine unbedeutende Abnahme der Mitgliederzahlen findet sich in der Textilindustrie. Auch das entspricht den sonst bekannten Nachrichten. Eine Steigerung der Mitgliederzahlen findet sich nach dem im Kaiserlichen Statistischen Amt vorliegenden Material auch bei den Kassen der elektrischen Industrie.

Die besonderen Nachweisungen einzelner Städte, welche auf Grund der Bearbeitung der An- und Abmeldungen bei den Krankenkassen in der Gliederung nach Gewerbegruppen und Gewerbetarten aufgestellt sind, bestätigen dies Ergebnis. In Düsseldorf überwiegen die Abmeldungen die Anmeldungen in der Metall- und Maschinenindustrie um 112. Besonders in Köln ergab sich eine Zunahme der Mitglieder in der Industrie der Maschinen und Instrumente um 254.

Die Hamburger Nachweisung über die am Schlusse des Monats September in Hamburg ständig beschäftigten Personen ergibt gegen den Schluß des Monats August eine Steigerung um 2806 Personen. Die Steigerung entfällt in der Hauptsache auf die Metallverarbeitung (140), die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate (168), die Papierindustrie, das Handelsgeerbe und den Land- und Wasserverkehr.

Das Ergebnis läßt sich für den Monat September doch nochmals zusammenfassen, daß, soweit aus den Nachweisungen der Krankenkassen ein Schluß gezogen werden darf, der allgemeine Beschäftigungsgrad sich im September gehoben hat, ein Ergebnis, zu dem die verschiedensten Faktoren beigetragen haben und an dem außer dem Eintritt der Saison in einer Anzahl von Industrien insbesondere auch die zunehmende Besserung in der Eisenindustrie mitbeteiligt ist. (Reichs-Arbeitsblatt.)

### Konferenz der Vorstände der Zentralverbände.

Berlin, 12. und 13. Oktober 1903.

Der vierte Gewerkschaftskongreß stimmte ohne Debatte einem Vorschlage des Vorsitzenden zu, nach welchem die Generalkommission erwidern solle, „ob es nicht zweckmäßig ist, jedes Jahr einmal den Zentralvorständen Gelegenheit zu geben, zu gemeinsamen Konferenzen zusammenzutreten, um die verschiedenen auftauchenden Fragen zu erledigen“.

Die Generalkommission folgte diesem Vorschlage und berief die erste derartige Konferenz nach Berlin für den 12. und 13. Oktober. An der Konferenz nahm, dem Vorschlage der Generalkommission gemäß, je ein Vertreter des Vorstandes jedes Zentralverbandes teil. Mit Ausnahme des Verbandes der Buchdrucker (Eisen-Bohringen, der Büchsenmacher und der Nachbender waren sämtliche Zentralverbände — fast ausschließlich durch den Vorsitzenden des Verbandes — vertreten.

Die Konferenz beschäftigte sich zunächst mit der Frage, welche Organisation die Streikunterstützung für diejenigen Arbeiter zahlen solle, die nur in geringer Zahl in einem Betrieb beschäftigt sind und durch Beschluß der für den Betrieb maßgebenden Organisation mit zur Arbeitseinstellung veranlaßt werden. Es wurde folgender Beschluß diesbezüglich gefaßt:

„Für die Genehmigung, Inhaberung und Leitung eines Streiks kommt, sofern nicht Weiterungen für andere Organisationen daraus entstehen, nur die für das betreffende Gewerbe bestehende Berufsorganisation in Betracht, und hat diese auch die Unterstützung der Streikenden, mit Ausnahme der Mitglieder anderer Organisationen, zu übernehmen. Letztere erhalten ihre Unterstützung von demjenigen Verband, dem sie als Mitglied angehören.“

Wenn in einem Betrieb Angehörige verschiedener Berufe, z. B. Metallarbeiter, Maurer, Zimmerer, beschäftigt sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in diejenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht.

In etwaigen Streiks in solchen Betrieben haben sich die sogenannten betriebsfremden Arbeiter (zum Beispiel Maurer in einem Eisenwerk) nur dann zu beteiligen, wenn zwischen den Zentralvorständen der in Betracht kommenden Organisationen ein gemeinsamer Streik vereinbart ist. Auch in diesen Fällen unterstützt jede Organisation ihre eigenen Mitglieder. Letzteres soll auch der Fall sein, wenn die Mitglieder einer Organisation durch den Streik einer anderen Organisation in Mitleidenschaft gezogen werden.“

Bei Erörterung dieser Frage kam auch der Uebertritt von Mitgliedern aus einer Organisation in die andere bei eintretendem Berufswechsel zur Sprache. Da nach dieser Richtung hin ein Beschluß des dritten Gewerkschaftskongresses vorliegt, so konnte es sich für die Konferenz nur darum handeln, dem nächsten Gewerkschaftskongreß Anregung für eine Änderung dieses Beschlusses zu geben.

den Preis der Ware zwar wesentlich erhöht, auf Dauerhaftigkeit jedoch keinen Anspruch machen kann. Der zu Tischmessern verwendete Stahl ist gewöhnlich von geringer Qualität. Das Schärfen pflegen die Fabrikanten sich zu sparen, die Schneide ist einfach durch eine schräge Kante ersetzt. Diese Erscheinung kann man übrigens an allen amerikanischen Schneidewerkzeugen beobachten; die Käufer dieser Dinge sind daher stets genötigt, sie vor dem Gebrauch erst schleifen zu lassen.

Um der amerikanischen Tischmesserindustrie gerecht zu werden, darf es nicht unerwähnt bleiben, daß einzelne Firmen auch recht gute Fabrikate liefern. Es gilt das namentlich in bezug auf die haltbaren und von Eisenblei kaum zu unterscheidenden weißen Zelluloidgriffe; gewürdigen schwarz glänzenden Gummi Griffen, die sich gewöhnlich noch in ausgezeichnetem Zustand befinden, wenn die Klingen, um deren Enden sie gegossen sind, längst ausgedient haben. Es gibt außerdem noch kleine Fabriken, die als Spezialität für verschiedene Industrien Messer von recht guter Qualität herstellen, wie zum Beispiel die in der Kleiderfabrikation statt großer Scheren immer mehr in Aufnahme kommenden zwei bis drei Fuß langen Tuchschneidmesser u. s. w. Die Inhaber dieser Firmen sind meistens Deutsche, was bei den Tischmesserfabrikanten nicht der Fall ist. Deren Fabrikate sind, wie erwähnt, von geringer Qualität und demnach auch billig. Aus diesem Grunde haben auch die soliden, obgleich etwas plumpen deutschen Tischmesser, in Amerika keinen festen Fuß fassen können. Tischmesser werden nur in geringem Umfang fabriziert und stehen ziemlich hoch im Preise. Rasiermesser sind, wenn man davon abzieht, daß einzelne deutsche und englische Firmen neuerdings Zweiggeschäfte in den Vereinigten Staaten errichtet haben, bisher im Lande nicht verfertigt worden.

Die Entwicklung der amerikanischen Scherenindustrie ist unabhängig vom Ausland erfolgt, sie ist ihre eigenen Wege gegangen. Hinsichtlich der Qualität hat sie es auf eine hohe Stufe der Vollendung gebracht. Hiermit soll jedoch nicht gesagt sein, daß hauptsächlich gute Scheren in Amerika fabri-



Lehrer, von dem Gewerkschaftskongress von 1889 angenommen, lautet:

„Scheidet das Mitglied einer Gewerkschaftsorganisation aus seinem Beruf aus, so kann es Mitglied seiner ersten Organisation bleiben. Von der Organisation des neuen Berufs darf kein Zwang auf ein solches Mitglied ausgeübt werden, daß es sich dieser Organisation anschließen soll. Dagegen hat jedes Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation sich bei Kämpfen zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Beschlüssen derjenigen Organisation, in deren Beruf es arbeitet, unterzuordnen.“

Es lagen der Konferenz Vorschläge vor, nach welchen die Mitglieder bei Berufswechsel der Organisation ihres neuen Berufs beitreten sollten, es sei denn, ihre Beschäftigung im neuen Beruf gilt nur als eine vorübergehende. Ferner wurden noch Bestimmungen bezüglich des Übertritts aus einer Organisation in die andere in Vorschlag gebracht. Nach eingehender Diskussion, in welcher auch die Abgrenzung der Agitationsgebiete für die einzelnen Organisationen eine große Rolle spielte, lehnte die Konferenz alle nach dieser Richtung gemachten Vorschläge ab, weil sich eine allgemeine Regelung dieser Fragen kaum herbeiführen läßt und bis auf weiteres den einzelnen Organisationen unter einander die Regelung vorbehalten bleiben muß.

Sodann erörterte die Konferenz allgemein die bei Streiks und Aussperrungen anzuwendende Taktik und empfahl, daß bei Kämpfen, die sich voraussichtlich auf Verufe erstrecken würden, die bei Beginn des Kampfes nicht unmittelbar beteiligt sind, eine vorherige Verständigung mit den Organisationen dieser Berufe herbeigeführt werden soll.

Gewerkschaftliche und amtliche Statistik lautete der zweite Punkt der Tagesordnung der Konferenz. Es wurde hierbei vereinbart, daß Materialien über die Gewerkschaften im allgemeinen nur durch Vermittlung der Generalkommission an die Behörden gelangen soll, welche solches Material wünschen.

Dann wurde die Generalkommission beauftragt, dahin zu wirken, daß die amtliche Streitstatistik so gestaltet wird, daß den Gewerkschaften die Mitarbeit an dieser Statistik ermöglicht ist, das heißt es soll bei der Regierung beantragt werden, die Fragen kriminalrechtlicher Natur in der amtlichen Statistik fortlassen zu lassen. Wenn dieses Verlangen erfüllt wird, so könnte die gewerkschaftliche Statistik wesentlich vereinfacht werden.

Die letztere soll aber, ohne Rücksicht darauf, ob dem Wunsche der Gewerkschaften seitens der maßgebenden Stellen Folge gegeben wird, insofern eine Erweiterung erfahren, daß nicht nur über die Streiks, sondern auch über die Lohnbewegungen, welche ohne Arbeits einstellen ihre Erledigung finden, alljährlich berichtet wird.

Die für die gewerkschaftliche Streit- und Gewerkschaftsstatistik verwandten Materialien wurden einer kritischen Besprechung unterzogen und Anregungen für Verbesserungen und Vereinfachung gegeben.

Der Internationale Vereinbarung, welche die Konferenz der gewerkschaftlichen Landessekretäre im Juli 1903 in Dublin getroffen hatte, wurde die Zustimmung gegeben. Einem Mißstand, der auf internationalen Gebiet insofern besteht, daß den Mitgliedern deutscher Gewerkschaften bei Auswanderung nach Amerika, Australien und England der Eintritt in die Organisationen dieser Länder sehr erschwert wird, soll dadurch abgeholfen werden, daß alle Verbände die Bruderorganisationen in den genannten Ländern zum Abschluß von Kartellverträgen betreffend Übertritt der Mitglieder veranlassen.

Bezüglich der Matseier wurde von der Konferenz dem Wunsche Ausdruck gegeben, die entscheidende Stelle (der internationale Arbeiterkongress) möge dafür sorgen, daß die Feier in allen Ländern einheitlich werde, damit nicht den Arbeitern des einen Landes Kosten auferlegt werden, die sich aus der Durchführung des Beschlusses von 1889 ergeben, während andere Länder sich diesem Beschlusse gegenüber passiv verhalten. Läßt sich diese Einheitlichkeit nicht herbeiführen, so müsse der Beschluß von 1889 abgeändert oder aufgehoben werden.

Der Heimarbeiterschutz-Kongress soll, so beschloß die Konferenz, Anfang Februar 1904 stattfinden. Als Tagesordnung wurde in Aussicht genommen: 1. Die soziale Lage der Heimarbeiter und Heimarbeitertinnen und die Notwendigkeit ihres gesetzlichen Schutzes. 2. Die gesundheitlichen Gefahren der Hausindustrie für das konsumierende Publikum. Es soll ferner darauf hingewirkt werden, daß seitens der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag in der nächsten Session ein Heimarbeiterschutz-Gesetzentwurf eingebracht wird. Der Kongress soll in Berlin stattfinden, um den Reichstagsabgeordneten und den Regierungsvertretern Gelegenheit zu geben, die Wünsche der Heimarbeiter unmittelbar kennen zu lernen.

Die Konferenz nahm sodann noch einige aus dem Kreise der Teilnehmer gegebene Anregungen entgegen, bezüglich der von den Korrespondenzbüros versandten Literaturbeiträge, der Unterstützung der Textilarbeiter in Grinnuitikan, Einrichtung eines gemeinsamen Übersetzungsbüros u. s. w. Der Vorsitzende der Konferenz konnte am Schlusse der Verhandlungen konstatieren, daß in der Konferenz ein geschlossenes Zusammenwirken der Zentralverbände zutage getreten sei, das erwarten läßt, es würden auch die noch schwebenden und durch Beschlüsse nicht zu beseitigenden Differenzpunkte aus dem Gewerkschaftsleben Deutschlands bald völlig verschwinden.

ziert werden. Das Gegenteil ist der Fall: Die überwiegende Mehrzahl der Fabrikanten läßt es sich angelegen sein, den Markt mit einer recht mäßigen billigen Ware zu überschwemmen, bei der es hauptsächlich auf wohlfeile Fabrikationsmethoden und raschen Umsatz abgesehen ist. Das Äußerste, was in dieser Beziehung geleistet wird, ist eine gußeiserner Schere. Diese wird in Größen von 4 bis 14 Zoll hergestellt und die kleinste Sorte schon für 1 Mark das Duzend verkauft. Mit Außerachtlassung aller geringen Grade wollen wir nur die beste Qualität einer näheren Betrachtung unterziehen.

Wenn wir von einigen kleinen Betrieben absehen, gibt es nur zwei Fabriken, die sich mit der Herstellung von Scheren erster Qualität befassen, eigentlich nur eine, denn neuerdings haben sie sich zu einem Druff verschmolzen. Scheren ganz von Stahl werden in Amerika nicht gemacht. Schon durch ihre Form unterscheidet sich die amerikanische Schere wesentlich von der deutschen: Die Klauen sind von verschiedener Größe, das untere bedeutend weiter und beide in ihren Rundungen genau der Hand angepaßt, und zwar der Art, daß das obere für den Daumen, das untere für drei oder vier Finger der Hand bestimmt ist. Daß diese Anordnung besonders bei starkem Gebrauch eine große Erleichterung bietet, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Fabrikation dieser Scheren geschieht in der Weise, daß beide Hälften, Griff und Klinge, aus einem Stück zunächst in schmiedbarem Guß hergestellt werden. Stahlplatten von der Breite der Klauen werden später aufgeschweißt und gehärtet. Diese Konstruktion bietet den Vorteil größerer Stärke, sie gestattet außerdem einen höheren Härtegrad der Klauen. Die Leistungsfähigkeit einer solchen Schere ist außerordentlich und übertrifft bei geringerem Gewicht die das alten Systems um das Doppelte. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist auch der Umstand, daß sich diese Schere (shears oder trimmers) viel leichter schleifen und reparieren lassen. Sie werden übrigens in Größen bis zu 14 Zoll und entweder mit geraden oder mit zur Richtung der Klauen nach aufwärts gebogenen Griffen (für Zuschneidzwecke) hergestellt.

### Ein weiteres Nachspiel zur Aussperrung in Iserlohn vor der Hagener Strafkammer.

Das geistig ärmste Blatt im ganzen Sennetal, der Iserlohner Kreisanzeiger, brachte am 7. Mai in einer Briefkastennotiz auf die Frage, ob es wahr sei, daß von Geistlichen und Bürgern oder Kaufleuten für die Aussperrten viel Geld geopfert worden sei, die Antwort: „Es ist in Iserlohn noch nie so viel gelogen als jetzt.“ In der darauf folgenden Verammlung am 8. Mai sprach nun Kollege Steinkamp über: Die Lügen des Iserlohner Kreisanzeigers.“ Er wies darin Punkt für Punkt die groben Unwahrheiten und Entstellungen nach und brandmarkte in scharfen Worten die frivole Hebe der kapitalistischen Goldschreiber (auch Redakteure genannt). Unter anderem sagte er: Wir wissen ja, die Korruption ist nirgends größer als da, wo sich ein bürgerliches Blatt aus Geldinteresse in den Dienst eines Kapitalisten stellen kann; da wird für viel Geld viel gelogen und für noch mehr Geld noch mehr gelogen, um das Kapital zu reiten. Allerdings gebe es auch anständige Blätter, wie zum Beispiel den Iserlohner Anzeiger, der sich im Bureau des Arbeitersekretariats erst erkundigt, ehe er seinen Namen schände durch Lüge und Schwindel. So sollten es die Redakteure der übrigen Blätter auch machen und sich nicht von solchen Schwindlern, Volkstribünern, Hehern und gemeinen Redaktionsbuben inspirieren lassen, die in gewissenloser Weise ihr Handwerk betreiben. Dann kam Steinkamp auf die Gendarmen zu sprechen und sagte unter anderem: Kollegen und Kolleginnen, die Klagen und Beschwerden über das Vorgehen der Gendarmen laufen aus Bürger- und Arbeiterkreisen in solchen Massen ein, daß man sie nicht alle zu Papier bringen kann. Es sind 98 Gendarmen hier und keiner von diesen hatte Gelegenheit, einzuschreiten; da kann man den Latendrang wohl begreifen. Einem Mädchen ist von einem Gendarmen ein zusammengefaltetes Flugblatt unter der Schürze weggenommen worden. Ein Gendarm sei unserem Kollegen Linberg per Rad überall hin ohne irgend welchen Grund nachgefahren, bis ihm der Schlauch geplatzt sei und er nicht mehr weiter konnte; dadurch haben sich sehr viele Menschen angeämelt, die dann auseinandergetrieben werden mußten. Weiter erwähnte Redner eine Geschichte von dem Gendarmen, der nachts über den Zaun geklettert sei, um zu einem jungen Mädchen zu gelangen. Einem Mogens sei Redner um 8 Uhr vor der Müllmannschen Fabrik mit einem Kollegen auf- und abgegangen, da sei ihm ein Gendarm immer in einer Entfernung von einem Meter nachgegangen. Wenn er stehen geblieben sei, habe sich der Gendarm neben ihn gestellt; schließlich sei er weitergegangen und auf einer Brücke am Feldweg, wo sich kein Mensch befand, stehen geblieben. Aber auch hier habe ihn der Gendarm verfolgt und ihn aufgefordert, den „Platz zu räumen“, und als er (Steinkamp) ihm gesagt habe, er werde sich beim Landrat beschweren wegen dieser diensthwidrigen Belästigungen, habe der Gendarm gesagt, er wolle ihn verhaften. — Beschwerden dieser Art liefern Duzende ein. Dann sei ein junger Mann auf dem Bahnhof in Betmarthe von einem dort postierten Gendarmen gefragt worden, ob er in Iserlohn Arbeit haben wolle und ob er schon von Streikposten angehalten worden sei; als er mit Nein geantwortet habe, hätte ihn der Gendarm gesagt: Sie wären auch schon dumm, wenn Sie sich von die Lumpen abhalten ließen.

Nun schlußfolgerte Steinkamp: man könne es ja den Gendarmen nicht abelnehmen, daß sie ihrem Beruf nachgingen, „jeder Hund bellt für sein Brot“, sagte er sprichwörtlich. Aber die Gendarmen müßten doch auch von den Steuergroßchen der Arbeiter leben, dann sollten sie sich nicht gebärden als ob die Arbeiter ihre Wege da wären. Soweit sie ihre Pflicht täten, wolle kein Mensch etwas von ihnen, aber aus dem Grunde, wie sich ein Teil von ihnen gegenwärtig in Iserlohn auführte, wäre das Maß der Achtung vom Publikum ein sehr geringes; sie bezweckten mit ihrem Verhalten das Gegenteil von dem, was sie bezwecken sollten, anstatt Ruhe und Ordnung aufzulockern und Erbitterung. Sie beabsichtigten damit, den Belagerungszustand herbeizuführen, damit ordentlich hineingehauen werden könne, wie ein Beamter, der vor einer Fabrik gestanden habe, sich so nett geäußert. Wie dem auch sei, keiner möge ihnen den Gefallen tun, daß sie einschreiten könnten. Ein jeder möge fortgehen, wenn so ein Hüter der Ordnung es gebiete, selbst auch dann, wenn es schwer fiele.

Wegen dieser Rede hatte sich Steinkamp am 8. Oktober vor der Strafkammer in Hagen zu verantworten. Die Anklage lautete auf Verleumdung der Redakteure durch die Worte: „Der Kreisanzeiger und das Tageblatt scheinen nicht zu wissen, daß sie die größten Lügner und Schwindler seien. Die Redakteure seien niederrichtliche Hezer, Redaktionsbuben, Komödianten, Schwindler und Betrüger.“ Ferner wegen Verleumdung der Gendarmen durch die Worte: „Die Gendarmen suchten die Leute durch ihr Benehmen und ihre Bemerkungen zum Widerstand und zu Ausschreitungen zu verleiten, um den Belagerungszustand herbeizuführen. Ein Gendarm habe einem Mädchen das Flugblatt unter der Schürze weggenommen; wenn so was von einer anderen Person geschehe, so würde diese wegen Sittlichkeitsverbrechen bestraft, aber ein Mann in des Königs Hof könne sich das erlauben. Die Gen-

Ihren größten Triumph haben die amerikanischen Fabrikanten mit ihrer Schneiderschere errungen. Das Verdienst der Erfindung gebührt einem Deutschen namens Heinisch, der zugleich in Newark die größte Scherenfabrik in den Vereinigten Staaten besitzt. Die Schneiderscheren werden in Größen von 12 bis zu 18 Zoll verfertigt (die großen Nummern nur für Fabrikationszwecke) und unterscheiden sich von den trimmers außer dem größeren Gewicht und der Form und Stellung der Klauen zu einander, hauptsächlich durch die sehr komplizierte Form der Klauen, die ganz genau der Form der Hand angepaßt sind. Hier ist der den Amerikanern so geläufige Ausspruch, wenn sie von ihren eigenen Erzeugnissen sprechen: „Die besten in der Welt!“ wirklich einmal zutreffend; denn in bezug auf zweckmäßige Form, Leichtigkeit und Eleganz wird die dem Heinisch patentierte Schneiderschere von keinem anderen Fabrikat erreicht. Das wird jeder Schneider bezeugen, der nur einige Stunden damit arbeitete und sich nur mit Widerstreben dazu anschloß, zu seinem alten, schwerfälligen Schneideinstrument zurückzugreifen. Die amerikanische Schneiderschere hat übrigens auch in Deutschland Eingang gefunden. Ihr Preis stellt sich drüben auf 12 bis 50 Mark das Paar. Verschiedene Größen werden auch für die linke Hand angefertigt. Stahlscheren werden, wie schon erwähnt, aus Europa eingeführt, das ist auch mit Rasier- und Taschenmessern der Fall. Der Hauptanteil der Importation fällt auf Deutschland; trotz der hohen Zölle hat dieselbe in den letzten 10 Jahren beständig zugenommen. Dies gilt namentlich an hohlgeschliffenen Rasiermessern, Scheren und Taschenmessern. Die teuren englischen Scheren sind mehr und mehr durch die deutschen zurückgedrängt worden. Der Import englischer Rasiermesser besteht zum großen Teile aus blanks, die später von deutschen Messerschmiedern hohl geschliffen werden. Die fertig aus England importierten Rasiermesser halten einen Vergleich mit den deutschen nicht aus, während die englischen Taschenmesser hinsichtlich ihrer Qualität noch immer den ersten Platz behaupten.

Eine Spezialität Amerikas bilden zahlreiche in Haushalt und in den verschiedensten Gewerben zur Verwendung kom-

barmen seien wertlos, sie verdienten ihr Essen gerade wie ein Hund, der an der Kette liegt.“

Zu Beginn der Verhandlung stellte Steinkamp fest, daß zwei Zeugen, deren Ladung von ihm beantragt war, nicht geladen seien; diese sollten befragen, daß die Gendarmen durch unvernünftige Handlungen mehrere Male Anläufe verursacht hätten. Ferner, daß der Redakteur und Besitzer des Iserlohner Tageblattes, Herr Klingner, sich angeboten habe, für die Aussperrten oder die Streikleitung Druckklagen anzufertigen, und als man ihm erwidert habe, daß dieses nicht angängig sei, da er doch immer gegen die ausgesperrten Arbeiter zu Felde ziehe, geantwortet habe: er wisse wohl, daß die Berichte erlogen seien, aber er würde ja dafür bezahlt. (Der Steinkamp) gebe zu, daß er in der Form zu satirisch gewesen sei, aber wenn man mit der Korruption, mit Lüge und Gewalt im Kampfe läge, dann ziehe man selbstverständlich nicht die zarlestes Seiten auf. Wie die Ausdrücke in der Anklagechrift wiedergegeben seien, so habe er sie nicht gesprochen; der überwachende Beamte habe sich die groben Ausdrücke nur aufgeschrieben und an anderen Tagen einen Bericht gemacht. Er beantrage, daß die beiden Zeugen geladen würden, er habe den Postschein als Beleg, daß er es beantragt habe.

Der Bericht lehnte die Ladung des einen Zeugen ab. Bezüglich des anderen Zeugen meinte der Präsident, er würde den Zeugen Klingner zur Feststellung seiner Äußerung vereidigen, so daß er (Steinkamp) Gelegenheit habe, ihn eventuell weineidig zu machen, so daß er wohl auf diesen Zeugen verzichten könne. Hiermit erklärte sich Steinkamp einverstanden.

Als erster Zeuge wurde der Polizeiwachtmeister Mackenrodt vernommen. Dieser bekundete: Er könne sich nicht mehr entsinnen, wie die Worte in der Verammlung gefallen seien; er habe seinen Bericht nach bestem Wissen gemacht, er lehne aber für die Richtigkeit den Eid ab. In einer so erregten Verammlung von über 3000 Menschen könne man die Reden nicht nach dem Wortlaut aufbauen, dazu sei er noch krank gewesen.

Dann bekundete der Zeuge Polizeikommissar Dimesdahl auf Befragen: Er könne zwar nicht bezeugen, daß der Angeklagte die Redakteure gemeint habe, er glaube es aber ganz bestimmt. Dann könne er sich noch entsinnen, daß der Redner gesagt habe: Die Gendarmen seien wertlos, sie essen ihr Brot wie ein Hund, der an der Kette liegt. Der Angeklagte habe überhaupt sehr scharfe Reden in allen Verammlungen gehalten.

Nun richtete der Angeklagte die Frage an diesen Zeugen, ob er den nur Schlechtes von ihm wisse? Dimesdahl: Der Angeklagte habe ja wohl auch gesagt, die Arbeiter sollten sich auf alle Fälle nicht provozieren lassen, man müsse den Gendarmen aus dem Wege gehen, selbst dann, wenn es auch schwer fiele. Zeuge Hoffmann bekundete: Der Angeklagte habe die Ausdrücke bezüglich der Redakteure wohl gebraucht, er glaube aber nicht, daß er die Redakteure gemeint habe, sondern die Zuträger, die Berichterstatter. Ueber die anderen Äußerungen könne er keine bestimmte Aussage machen. Zeuge Estas bekundete: Steinkamp habe ihn einmal mit einem fremden Arbeiter nach Betmarthe geschickt, um den Namen des Gendarmen festzustellen, der zu dem betreffenden fremden Arbeiter die Lagerung getan habe: „Sie wären schon dumm, wenn sie sich von die Lumpen (Streikposten) zurückhalten ließen.“ — Sie seien zu dem Gendarmen gegangen und hätten ihn nach seinem Namen gefragt, er habe aber geantwortet, den nenne er nicht, sie sollten ihn nur melden, er habe das gar nicht gesagt. Zeugin Klara Schmitt bekundete: Sie sei über die Strafe gegangen und hatte ein Flugblatt in der Hand gehalten; das selbe sei aber ganz klein zusammengeklappt gewesen, so daß man es kaum habe sehen können. Ein Gendarm sei zu ihr gekommen und habe gefragt, was sie in der Hand hielte, sie habe keine Antwort gegeben. Nun habe der Gendarm ihr das Blatt, das sie unter der Schürze trug, einfach aus der Hand gerissen. Das gleiche bekundete die Zeugin Hamacher; sie habe auch gesehen, daß der Gendarm das Blatt unter der Schürze weggerissen habe.

Da auf die Vernehmung der beiden Redakteure verzichtet wurde, war die Beweisaufnahme geschlossen.

Staatsanwalt Meyer hielt den Angeklagten der schweren Verleumdung für überführt und zwar in zwei Fällen. Es sei traurig, daß ein Mann im Alter von 25 Jahren so hysterische Reden halten dürfe, deren Folgen die Arbeiter und Familienwäter am Plage noch lange spüren würden und denen es auch zu verdanken sei, daß so mancher Arbeiter wegen seines Verhaltens während des Streiks vor Gericht habe erscheinen müssen und vielleicht auf lange Zeit unglücklich gemacht worden sei. Die Zeugen hätten wohl den Wortlaut der Rede nicht wiedergeben können, aber es wäre ihr Inhalt auch nicht absolut bestritten. Dagegen könne sich der Polizeikommissar Dimesdahl noch ganz bestimmt der Worte entsinnen und diesem müsse man Glauben schenken. Wenn der Angeklagte auch persönlich gereigt worden sei, so hätte er Strafantrag stellen können. Er beantrage eine Gefängnisstrafe von — fünf Monaten.

Der Angeklagte Steinkamp führte zu seiner Verteidigung aus: Er könne die Überzeugung des Staatsanwaltes, daß er der schweren Verleumdung überführt sei, nicht verstehen. Er lobe die Aufrichtigkeit des Wachmeisters Mackenrodt, der zugegeben habe, daß er sich nur Notigen gemacht und am anderen Tage daraus einen Bericht

mende Schneidemaschinen, viele von diesen sind billig und zweckmäßig, leiden aber durchweg an dem Ubelstand, daß Messer von zu geringer Qualität dafür benutzt werden, meistens aus Gußeisen, dem Lieblingsmaterial der Amerikaner. Es gibt jedoch rühmliche Ausnahmen, eine solche bilden zum Beispiel die Haarschneidemaschinen (hair clippers). Die von der Firma Brown und Sharpe verfertigten gelten für die besten und haben auch ihren Weg über den Ocean gefunden.

Fassen wir das Gesagte zusammen, so ergibt sich, daß von einzelnen Spezialitäten abgesehen, die amerikanische Messerschmiedekunst bis jetzt noch keinen hohen Rang einnimmt. Wo sie Hervorragendes leistet, verdankt sie es eingewanderten deutschen Messerschmiedern, die beinahe ausnahmslos die Verfertiger dieser besseren Fabrikate sind. Die Superiorität deutscher Messerwaren trat besonders glänzend auf der Chikagoer Weltausstellung hervor, wo die Abteilung von Henkels in Solingen die aller Misbewerber tief in den Schatten stellte. Besonders in bezug auf die feinere Messerschmiedekunst können die Amerikaner sich nicht mit den Deutschen messen. Das gilt von chirurgischen und orthopädischen Instrumenten, deren Fabrikation nur durch einzelne (deutsche) Firmen vertreten ist, während das Meiste in dieser Branche eingeführt werden muß. Wie sich die Zukunft der amerikanischen Messerschmiedekunst gestalten wird, hängt neben der Einwanderung, die voraussichtlich in absehbarer Zeit keine wesentliche Einbuße erleiden wird, in erster Linie von der zukünftigen Zollpolitik der Vereinigten Staaten ab. Bleibt sie ungefähr wie bisher, so dürften keine großen Veränderungen zu erwarten sein. Sollten die Zölle jedoch eine wesentliche Erhöhung erfahren, so daß der Import aufhört lohnend zu sein, so ist die Überfiedelung deutscher Firmen nach Amerika nicht unwahrscheinlich. Es würde dann also ein noch größerer Teil des Bedarfs an Messerwaren im Lande selbst hergestellt werden, und bei der Weiterarbeit der Amerikaner in billigen Fabrikationsmethoden wäre auch eine Zunahme des Exports einzelner Spezialitäten nach Europa nicht ausgeschlossen.



verfertigt habe; er könne aber nicht beideln, ob die Worte so gesprochen seien. Dieser Bericht sei dem Polizeikommissar Olmesdahl vorgelegt worden, von welchem Herrn in einer Gerichtsverhandlung in Jserlohn festgestellt worden sei, daß er Zufolge in die Protokolle der Polizeibeamten machen ließe. Er (St.) wolle sich gar nicht darauf verlassen, daß man im Kopfe nichts genau behalten könne, aber auf die losen Erinnerungen des Zeugen Olmesdahl ein so ungeheures Urteil zu fällen, das sei nicht angängig. Er gebe ohne weiteres zu, daß er in der Form scharf gewesen sei, aber es dürfe andererseits auch nicht außer acht gelassen bleiben, daß beide Blätter so viel Unwahrheiten und persönliche Anrempelungen gegen seine Kollegen und gegen ihn gebracht hätten, so daß diese in einem gegenseitigen Kampfe nicht ohne ganz energischen Widerspruch bleiben durften. Er habe ja durch weitere Zeugen den Beweis erbringen wollen, daß die bürgerlichen Zeitungen für „gute Bezählung“ erlogene Berichte bringen, damit Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter getragen werde und Mißtrauen gegen die Führer erregt werde. Gegen solche Unanständigkeit sei er nicht so scharf gewesen. Das, was die Zeitung getan, sei aber nicht nur Unanständigkeit, das sei Korruption, die zu bekämpfen sich das Gericht nur anschließen solle. Die Staatsanwaltschaft mache stets den Seiten der Ausperrung die Vorwürfe, sie hätten so und so viel Unglück über die Familien gebracht, die Arbeiter hätten aber anders darüber. Der Staatsanwalt habe ihn heute den Vorwurf gemacht, daß er so viel Unglück mit seinen Reden verschuldet habe — Der Vorsitzende unterbricht den Redner: Das habe der Herr Staatsanwalt nicht gesagt. Der Angeklagte: Er glaube, es so verstanden zu haben. Der Vorsitzende: Er könne nicht zulassen, daß daran noch weiter angeknüpft würde, der Gerichtshof teile seine Ansicht. Der Angeklagte fortfahrend: Mehr als Polizei und Gendarmen habe sein Kollege Umberg und er darauf gesehen, daß nichts vorkommen solle und es habe viel dazu gehört, die von den Gendarmen aufgereizte Bevölkerung zu beruhigen, nur dieses sei in den Versammlungen geschehen. Die Polizeikommissare hätten ja stets eine andere Auffassung über eine Straftat, wenn ein Sozialdemokrat oder ein Gewerkschaftler in Betracht komme. Olmesdahl habe heute von allem eine schlechte Ansicht vorausgesetzt, aber um das Gute habe er ihn erst fragen müssen und dann habe er noch recht wenig gesagt, wohingegen von allen Seiten den Leitern des Streiks die Anerkennung für die moralische Kriegsführung ausgesprochen worden sei. Eine objektive Beurteilung könne das Gericht nach der Beweisführung doch unter keinen Umständen annehmen, ferner stehe der Antrag des Staatsanwaltes (6 Monate Gefängnis) in gar keinem Verhältnis zu dem Vergehen, das in noch schwereren Fällen mit einer geringen Geldstrafe geahndet wurde. Keiner der Zeugen habe bekunden können, daß er die Gendarmen mit Hundem verglichen habe, er habe nur sprichwörtlich gesagt: „Jeder Hund bellt für sein Brot.“ Das sei allerdings richtig, daß er einigen Gendarmen Dienstunwürdigkeit habe vorwerfen wollen, weil alle, die das Treiben der Gendarmen beobachtet hätten, derselben Meinung wären. Er ersuche gegebenen Falles um geringe Geldstrafe.

Das Gericht verurteilte nach längerer Beratung eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen und Tragung der Kosten. Der Vorsitzende führte aus: Das Gericht habe angenommen, daß der Angeklagte mit den beleidigenden Ausdrücken die verantwortlichen Redakteure habe treffen wollen und sei dieser deswegen auf zehn Tage erkannt. Die Äußerungen über die Gendarmen seien ebenfalls durch den Zeugen Olmesdahl erwiesen und seien hierfür fünf Wochen als angemessen erachtet. Beide Strafen seien zu sechs Wochen zusammengezogen. Wenn die Richter auf dem Standpunkt stehen, daß Streiks und Ausperrungen nur von Gewerkschaftsbeamten, den sogenannten Führern, angezettelt werden und die Arbeitermassen, die über Robheiten der Fabrikanten und über Parteinahme der Behörden für die Fabrikanten sehr erbost und aufgeregt werden, nur von den Führern verhetzt seien, dann werden einem solche Urteilsprüche erklärlich. Es ist psychologisch erklärlich, daß Leute aus der reichsten Gesellschaft den Kämpfen der Arbeiter anders gegenübersehen als ein Mensch, der sich tagtäglich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung wehren muß. Die Mahnung, vorsichtig zu sein, kann gewiß nicht oft genug erfolgen, aber es können durch Praktiken der unfauldesten Art — wie zum Beispiel in Jserlohn — Gefährdungen platzgreifen, von denen die Richter nichts wissen wollen. In Jserlohn lagen zwei Tageszeitungen das Blaue vom Himmel herunter, den Arbeitern riß man die Haare aus der Hand, indem man den Drucker zwang (durch Boykott), den wöchentlich erscheinenden Arbeiterboten nicht mehr zu drucken. Wie konnten sich die Arbeiter also besser wehren als in den Versammlungen? Eine Arbeiterpresse hätten die Jserlohner Arbeiter lange verschmäht, und so fanden sie in der bittersten Not ohne Verteidigungsmittel da. Die Internerpreß hätte ihnen reich gemacht, um sich von ihr in der bittersten Not zu verhehlen und prägen zu lassen. So geht es überall, moralische Dyrzeisen müssen den meisten Arbeitern erst die Augen öffnen. Der Arbeiter, der noch etwas von dem behalten will, was ihm die Natur verliehen, der muß erst seine Wohnung säubern von korrupten Gegenständen, die man bürgerliche Zeitungen nennt. Leider gibt es auch noch ungeheuer viel organisierte Arbeiter, die die Unternehmerorgane unterstützen, diese sind es mit den Subalternen, christlichen und kirchlich-dunkelsten Gewerkschaften, die die Massen der Unternehmern schärfen gegen sich selbst. Solange die Unternehmerorgane noch solche Freunde haben, solange werden die Arbeiter auch noch Opfer bringen müssen; aber jedes Opfer muß uns anspornen zur Entfaltung eines Dienstes.

Iserlohn.

Wir übergeben heute die Abrechnung über die Jserlohner Ausperrung der Öffentlichkeit. Die Ausperrung begann am 11. April und endigte am 18. Juni. Sie sollte die Organisationen nach Hohenlimburger Muster wiederentwappeln. Denn wenn das Unternehmertum einen Frieden gewollt hätte, so war er möglich. Der Kampf hat aber bewiesen, daß die modernen Organisationen nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind. Und hätte man nicht mit einem Hattenkönig von Organisationen zu rechnen gehabt, so wäre auch die Ausperrung anders verlaufen. Wie die Unternehmer die Organisation fürchten, wird dadurch bewiesen, daß sich Unternehmer an die Lokale stellen, wenn Fabrikbesprechungen stattfinden. Die Fabrikanten geben organisierten Arbeitern einladige Stimmungen, den anderen verzweiflungsvolle. Man will „Bolschewistenorganisationen“ einführen. Wenn Arbeiter austreten aus der Organisation, so will der Fabrikant ihnen, wenn sie erlauben, 150 Mk. aus seiner Tasche pro Tag zahlen. Andere wollen Stellen einrichten, um, wenn ein Arbeiter in Not gerät, ihn dadurch zu helfen. Durch deraartige Mittel hofft man die Arbeiter betören zu können, daß sie von der Organisation ablassen. Wenn die Arbeiter nicht sind, so folgen sie den Lockungen der Fabrikanten; wenn sie sind, schließen sie sich nur noch immer zusammen und verzichten auf die „Bolschewisten“ der Unternehmer. Die Furcht vor der Organisation zeigt deutlich der Ausspruch eines Fabrikanten, der in der Internerpreßversammlung vorgetragen sagte: „Wir müssen anpassen, wir können nicht unserer eigenen Augen halber hier zusammen, sondern nur unserer Interessen zu vertreten.“ Ganz recht; und was die Interessen der Unternehmer zu vertreten, sollen die Arbeiter durch einen hingeworfenen Köder veranlaßt werden, ihre Interessen zu vernachlässigen. Mögen die Arbeiter allerdings eine Lehre aus der Bewegung ziehen, denn ein Kampf, so hartnäckig wie er in Jserlohn geführt wurde gegen die Unterdrückung und Ungerechtigkeit, ist wohl nirgends geführt worden. Auch haben die organisierten Arbeiter Deutschlands, und speziell der Deutsche Metallarbeiter-Verband, hervorragendes geleistet. Ausgesperrt waren Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes 1274, davon 70 weibliche, vom Fabrikarbeiterverband Jserlohn 1499, davon 20 weibliche, von der Arbeiterorganisation des Fabrikarbeiterverbandes 87, davon 40 weibliche, vom Arbeiterverband der Eisen 212, davon 10 weibliche, insgesamt 3022 mit ungefähr 3000 Kindern unter 14 Jahren. Von dem christlichen Hütten- und Metallarbeiterverband Eisen waren beteiligt nach dessen Angaben 305 männliche und 70 weibliche Mitglieder. Vom kirchlich-dunkelsten Gewerkschaftsverband waren beteiligt nach dessen Angaben ungefähr 30 Arbeiter.

Dazu kommen noch ungefähr 200 bis 250 nichtorganisierte und solche Arbeiter, die aus den Betrieben herausgeholt worden sind.

Insgesamt wurden aus Werbungsstellen, inklusive der Gelder, die an Spiegel von den Zahlstellen des Verbandes gesandt wurden, 265 774 Mk. vorausgibt. Aus der Abrechnung ersieht man, wo die anderen Einnahmen herrühren und wofür sie ausgegeben sind.

Was die Ausperrung den kirchlich-dunkelsten und den Christlichen gekostet hat, konnte unsererseits nicht festgestellt werden. Nebenfalls werden diese Organisationen auch darüber öffentlich Rechnung ablegen.

Nach Beendigung der Ausperrung blieben ungefähr 450 Arbeiter arbeitslos. Von unserer Organisation wurden nach der Ausperrung an die noch Arbeitslosen gezahlt 28 051,10 Mk. Es ist also hierdurch bewiesen, daß das Gelingen der Christlichen, die Ausperrung hätte wegen Mangel an Geld der freien Gewerkschaften beendet werden müssen, nicht weit her ist. Vielleicht hat den Christlichen die ganze Ausperrung nicht mehr gekostet als wir nachher noch für die Opfer der Ausperrung gezahlt haben.

Zurzeit sind noch 14 Arbeiter arbeitslos, die durch Extrabeiträge und freiwillige Gaben unterstützt werden.

Bei der Ausperrung ist auch von seiten der Behörden versucht worden, den Ausgesperrten das Leben möglichst sauer zu machen. Man denke sich den Blödsinn: erst wirft man Tausende von Arbeitern aus den Betrieben heraus, holt nun Schutze der Fabrikanten Gendarmen, damit die ausgesperrten Arbeiter nichts sollen unternehmen können, und nachher sollen die Gendarmen die Arbeiter wieder in die Betriebe hineintreiben. Wahrlich, wer die Macht hat, hat auch das Recht. Eine ganz erhellende Anzahl von Strafen sind verhängt worden: Umberg hat 13 Wochen, Müller 14 Tage Gefängnis und 75 Mk. Geldstrafe, Fischer 2 Wochen, Lübeck 1 Woche, Hellmann 1 Woche, Lindner 1 Woche, Dunder 1 Woche, Jäger 1 Woche, Drees 2 Wochen, Steinkamp 1 Woche und 100 Mk. Geldstrafe, eine Arbeiterin 5 Tage Gefängnis, ein Druckerbesitzer, der unsere Flugblätter druckte, 3 Tage Gefängnis. Dazu ungefähr 100 Strafmandate und eine Anzahl Gewerbegerichtsakten. Fünf Anlagen schweben noch gegen vier Kollegen.

Abrechnung über die Ausperrung in Jserlohn.

Einnahmen:	
Von der Hauptkasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart	Mk. 219 300,00
Von den auswärtigen Verwaltungsstellen auf Listen durch Spiegel	40 734,97
Von auswärtig an den Kartellvorstehenden Müller in Jserlohn gesandt	10 940,98
Von auswärtig an den Arbeitersekretär Umberg in Jserlohn gesandt	1 161,99
Von der Kreis-Gewerkschaftskommission des Rennetals (Kotlauerweine)	8 222,12
Vom Industriearbeiterverein Jserlohn überwiesen	2 347,93
Vom Kettenstahlabereiner Grüne überwiesen	1 825,85
Von der Kassenkassette des Industriearbeitervereins Jserlohn	158,00
Beim Ortsverbandstassierer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Böckler eingegangen	374,50
Auf Listen im Rennetal	1 124,25
Auf Listen am Orte	269,50
Beim Kollegen Steinkamp eingegangen	401,70
Von den Mitgliedbeiträgen der Verwaltung Jserlohn verwendet	5 273,20
Einnahmen für den Streik bei Schäfermeyer & Hens vor der Ausperrung	4 553,49
Sonstige Einnahmen, Extrabeiträge u. s. w.	4 901,49
Zuschuß von der Verwaltungsstelle Jserlohn nach der Ausperrung für noch eingelaufene Rechnungen	765,83
<b>Summa der Einnahmen</b>	<b>Mk. 312 355,09</b>
Ausgaben:	
Streitunterstützung an 3022 Ausgesperrte	Mk. 291 195,95
Extraintersubstanz bei Notfällen, Krankheit und an Abreisende	3 897,76
Für Fortschaffung von angeworbenen und zugereisten Arbeitern	2 595,37
Für Fernhaltung des Zugangs (auswärtige Wohnposten und in Städten, wo Agenten waren, sowie notwendige Reisen)	4 761,85
Rechtschutz, Strafmandate, Strafen und Kosten	1 721,70
Flugblätter, Annoncen und sonstige Druckfachen	1 722,24
Briefe, Telegramme und Schreibmaterial	577,29
Kopierarbeiten am Orte und auswärtig	302,65
Mühwaltung, Bureauarbeiten, Reinigung, Ausgabe bei Ausperrungen u. s. w.	620,79
Ausgaben für den Streik bei Schäfermeyer & Hens vor der Ausperrung	4 553,49
Arbeitsloshausunterstützung an 40 noch Ausgesperrte am 5. September 1903	406,00
<b>Summa der Ausgaben</b>	<b>Mk. 312 355,09</b>

Jserlohn, im Oktober 1903. R. Spiegel.  
Vorstehende Abrechnung revidiert und für richtig befunden: Rudolf Böckler. Jakob Giesfen.

Spezialausweis der bei Spiegel in Düsseldorf eingegangenen Gelder:

Von Albrecht b. Suhl Mk. 10,75. Altenburg, Lederer 50. Mülling, Reiser 6,60. Altona, Mayer 150, 400; Demuth 83,10. Ansbach, Fries 5,90, 15,25. Arheilgen (Kartell) 21,30. Alschaffenburg, Günther 15, 10. Föhrensleben, Greiner 28,90. Aue i. S., Ficker 43,30. Augsburg, Kämpfer 200, 120; Bernthaler 19,50. Baden-Baden, Winter 25,85. Bamberg, Heumann 14. Bayreuth, Schmidt 20,35. Bayreuth, Lutz 30. Beelitz (Zungenheilstätte) 15,50. Berchtesgaden, R. Niede 6. Bergedorf 63,60. Berlin, Behold 500, 1500; Überschuß vom Klempnerverein 100; R. Schulz 7,60; Generalkommission 3000, 472; Fohmann 20; Graphische Mitteilungsstelle, Schneider 21,60; Darleben der Verwaltungsstelle 8000. Bentzen, B. Theindel 10, 10, 10, 15. Biebrich 5. Bielefeld, A. Seering 200, 200, 200, 148,50. Bitterfeld, Schade 15. Bismarckstr. 20. Bochum, Ebert 50, 52,72. Bonn, R. Pfuß 2,20, 21,20; (Kartell) 27. Bracke a. d. R., Wolff 24. Brandenburg, F. Enders 150, 265; (Kartell) 100. Brandenburger, Hammer 100, 100, 50. Bremen (Goldarbeiter), Ditts 37,50; Ch. Gds 40; Gieseler 71, 118, 78,60, 118,60, 76,80, 19,80; Jänisch 75,05, 52,15. 19,45. Bremerhaven 100; Geiger 50. Breslau, Fr. Schlegel 10; (Kartell) 54,50; Schneiderwind (Klempner) 30, 30; GutsMann 30. Bruch 10. Bromberg, Wilmüller 6, 9,60. Bruchthal, Hensler 4,80. Brunsbüttelhafen 10. Bünde, Obermann 10,35. Burglary, P. Henschel 10. Bängel a. M., Jäger 15,35; Konzertüberschuß 20. Celle, Krummweide 15; Stade 10. Chemnitz, Krause 200, 200. Coburg, Wohlleben 6,90. Colmar, Ruppert 13,85. Crammischhof, M. Höpfer 30, 60, 70, 35. Cramsdorf, B. Weinberg 2, 1,5. Danzig, Bartel 10. Dersdorf, R. Aover 30; (Kartell) 31,30. Dessau, Lindemann 20, 17,70, 40. Dittlage, Uhlig 15,15. Ditzingen, Knecht 16,10. Döbeln, Reichelbach 62. Dorna b. Grömmen, Berner 21,65, 12,60. Dornum, Großhans 32,16. Dresden, Hoffmann 400. Düren, J. Schöffler 40; Kordohr 30. Düsseldorf, Jäger 30,90; Internerpreß u. s. s. 10,35; Schmitt 10,35; Jäger 1,50; G. Edweyer 175, 120, 165,50, 126,25, 31,30. Eisenberg, Etzel 32,70, 40. Emsdorf, P. Klotz 165,25. Ebersbach, Schneider 25,50, 60. Eberstadt, P. Würfel 10,70.

Ehrenfeld, Holz 100. Eisenach, Membe 18,80. Eisenberg, M. Widder 8,10, 8,05, 8,10, 8,05, 8,90. Eising (Former) 20, 20. Eiburg, Preußhoff 11. Elmshorn, H. Gerold 80, 5. Emben, J. Weigen 10. Emmendingen, E. Löwe 22,85. Erfurt, Köh 55, 25; (Klempner) 14,85. Erlangen, F. Jannor 20. Eßlen (Former), Wenz 14,45, 16; F. Gemoll 225,92, 291,95, 500. Eßlingen, Silberstein 80. Fehenheim a. M., Fleß 6,80. Feuerbach, Meuting 18,05. Finsterwalde, Winkler 6, 15; Wörler 13,60. Flensburg, Wölter 50; Former 80; Schröder 110. Forst, Wagner 47. Frantenthal, Weß 55; (Kartell) 50; (von einem Ausflug) 11,05. Frankfurt a. M., Birtelbach 200, 858,74, 250; Zentralverband der Schmiede 20. Frankfurt a. O., Kirch 16,50; Herrmann 80. Freiburg i. B. 20; Ketterer 80. Freising, Schraff 9. Friedland, Schmidt 4,90. Fürth 100. Furtwangen 7,40. Gaffeln, Gilmann 21,65. Gebweiler, Ritzenthaler 9,10. Geesthacht, G. Wittmann 12. Gelsenkirchen, Krüger 64,45, 19,10. Gera, Giesentraut 88. Gevelsberg, Weitebrügge 45. Gießen, Krausch 6,70. Glauchau (Kartell) 2. Glogau, Pielich 7,95. Göttingen, Bud 43. Götlich, Jäger 98,25 (davon von Böwensburger 42 Mk. und von Ritz 4,95 Mk.), 100. Götlich, Höfer 20. Goldlauter, Schübel 15. Gonsburg, Müller 9,80. Gotha, Springer 28,05. Greiz, Fischer 35,10. Grömmen i. S., Membe 15; Hentsch 17,70. Griesheim 12,05. Großenhain, Rübisch 50; Günther 30,63. Groß-Jschachwitz, Gaus 80. Gröna i. S., Membe 60. Grünberg i. Schl., Feyer 15. Guben 13,75. Günzburg, Korfemeier 1,78. Güstrow, Martentin 13. Guderleben, Ruge 10, 10, 5,80. Gagen, G. Kramer 95,65, 72,15, 25,25. Heiden (Kartell), Leibniz 10. Halle a. S., Heyne 60, 100, 55,20; (Kartell) 32,75. Hamburg, O. Schulz 500, 500. Hanau, Mandel 27,05. Hannover, Kronshage 400; Sektion der Schmiede 10. Harburg, Marx 60, 80, 30, 148,29; Festüberschuß 10,50. Haspe, Zimmermann 78,65, 116,80. Hagenau, Pasche 20, 16,40; (Handschuhmacher) 10. Heidenheim, D. Maier 12,60, 19. Heilbronn (Gold- und Silberarbeiter) 24,80; Schäfer 55,20. Heiligenhaus, Grebner 42,45, 63,45, 29,80, 33,40. Heinsfeld, O. Schulz 15, 15. Herford, Blome 16,80, 11,50, 37. Hildesheim, Hildebrandt, Liga 2. Höchst a. M., Harimann 18,80. Hoffnungsthal, Grabner 3. Hohenstein-Ernstthal, Bergert 21,40. Hoyer, Adamus 1. Juchterhausen, Risch 50. Jena, D. Götzlich 50; (Optiker) 10. Jümenau, Schlus 11, 18, 18. Jugoslawien (Kartell) 10. Johannegeorgenstadt, Lorenz 11. Jöhoe, Borchers 12,50. Kaiserlautern, Jung 30, 80, 80. Kalbe, Wilmmer 10. Kall, Lampe 50. Kantsatt 71,47. Karlsruhe (Wächter) 18,30; Sauer 37,63, 70, 50, 40, 130. Kaufbeuren, Boms 1,50, 5. Keilberg, Hoffmann 10. Kempten, Stabler 10. Kiel, Kothausen 200; (Former) 100. Kirchheim, Wesener 10,05. Köln, J. Simmat 30, 20, 50, 19,85; (Former), Hartfeld 7,60, 8,80; Ortsverein der Buchdrucker 60,20; (Schneiderverband) 21. Kößlin, Kofolsche 8,45. Kornweilheim 16,40. Kossheim, durch Schüler 19,05. Kottbus, Schlobder 40. Krefeld, Gerum 39,61; (Kartell) 80, 40. Kühlenbagen, Nölke 32,10. Kuppenheide, P. Körner 10,05. Lägerdorf i. S., Klein 19,85. Landslut, Rigel 9,80. Langen i. S., Bierhoff 29,92. Langenberg, Seidemann 5. Langensalza (Sozialdemokratischer Verein) 25; (Kartell) 15. Lauenburg, Fuchshufen 5,50. Lauf, Weß 2,70. Lechhausen, Schilling 7,55; Rämpfende Schläger 7,50, 6,50, 7,20, 8,85, 8. Leer, Wendte 38,85. Lehe, Geiger 40. Leipzig, D. Meide 500, 500. Plegnit, Meyer 26,80. Limbach i. S., Rißau 3,15. Lippstadt, Fesselbarth 7. Lollar, F. Kaiser 10. Löbnitz, Rangner 22,50. Lübeck, durch Spiegel 55,55, 100, 59,15, 100. Lützenwalde, Engelbrecht 30, 40, 50. Ludwigshafen (Kartell) 10. Ludwigshafen (Kartell) 190. Lügau, N. Reiff 19,35; (Kater Frühshoppen) 3,80. Mainz, Reiffert 30, 50, 150; Findeisen 80. Mannheim, Schneider 100; Ortsverein der Buchdrucker 20. Marburg, Gimmner 11. Markranstädt, G. Süß 25,05. Martinlamitz, Rang 9,05. Meerane (Kartell) 100; Wolsfahrt 26,25. Mehlitz, Fleischer 26,50. Merseburg, Friedemann 15, 50. Meßau, N. Schwarz 21,26. Meßingen, Staudinger 15. Mißpfe, Ellinghaus 80; Guppert 50. Minden a. M., Wislowski, Drei Käufer 9,80. Wittweiba, Löwe 20; (Kartell) 15. Wülfelberg, Dammer 8,30. Wülheim a. M., Diener 10, 50. Wülhausen i. S., 26,24. Wülheim a. Rh., Lindlar 20,45, 200, 220. Wülheim a. d. R., Ebert 58. Wülshagen, S. Föhringer 50, 112,50, 573,80. M.-Glabach, Riepert, Breuer 34. Mündenheim 20, 30, 3,35. Mügeln-Dresden, Ebert 78,35. M., P. N. 20. Neudorf, G. Ellinger 16. Neudorf, J. Verwallung 20. Neife 13,40. Neudorf, Schulenburg 22,81. Neudorf, Reichelt 50. Neuenburg 20,65; (Kartell) 20. Neumarkt i. O., Winkel 25,30. Neuminster, Meißner 11. Neustadt a. d. O., C. Riese 10, 9,80, 10. Neustadt a. S., Seibold 16,97. Neustadt a. d. O., 30. Neustadt i. S., Renner 12. Neustettin, Wolter 17,15. Neuwied a. Rh., Chiappini 2,70. Nied. b. Höchst, Urid 20,65; Nollenberg 18. Niederelbchen, Eichert 1. Niederelblich, Gaus 11,45. Nienburg a. d. S., Krebs 20. Nordenham 20,55. Nowawes, Seifert 4,65. Nürnberg (Kartell) 200, 44, 80; Mochler 42,15; (Fischner), Bergmann 254,75, 200, 150; M. Kümmerle 200, 600; (Fingolbtschläger) 55,60; Kirchhofer 11,90. Oberheinischer Gau der Buchdrucker 30. Oberroten, Graß 29,20. Oberstahle, Köpfer 21,35. Oberstein a. d. R., Rohr 42. Oberursel, F. Goneder 5,55, 43. Offenbach a. M., Käppel 50. Offenbach, G. Rapp 9,80. Ohdruf, Heyen 11,50. Olbnitz, Wendt 13. Dönhäusen, Niehaus 4,90. Oldenburg, Jahn 28,10. Oßersleben, Kirchhoff 9,10. Osterholz-Scharmbeck, Huth 26,50. Osterwiß, Krüger 15,30. Ostrop b. Ratibor, Willotta 7. Wegwitz, M. Wils 25,60. Peine, Dreife 10. Penig, Küstner 7,70. Pfungstadt, Raab 30. Pinneberg 13,30. Pirnaisch, N. Frik 10, 10,50. Pirna, Schlegel 32. Plauen i. B., 19,90. Polzitz bei Freiburg, P. Jäger 12,05. Posen, Brandt 21,10. Potsdam, Matthies 15. Pries i. Holstein, Köber 5. Queblinburg, Schulz 30,85. Radevorm. Wald, Kraustopf 30, 33,50. Raguha, D. Ebert 10,50. Ralfatt, Bohrmann 8. Rathenow, Mafait 48, 5,10. Ravensburg, Tittel 5. Regensburg, N. Verch 10. Reichenhain, N. Hunger 15, 10,20. Reichenhall, Kühnel 6. Reichenbach, Ertel 7,60. Reudersburg, Gammertsch 40. Reppeln, G. Zutsche 12,30. Reutlingen, Frech 12,40. Rheinf. Kreuzer 18,15, 6,10, 6,85. Rosenheim, Göpfer 8. Roslau, Henemann 4,50. Roswein, Schilde 15, 21,35. Rostock 40,55. Ruhla i. Th., N. Lehmann 25,70; Henschel 20,30. Saalfeld, Vandenhorst 30, 120, 53,55. Sachsentum, Mayer 1. Sangerhausen 10. Schilbede, G. Koring 30, 25, 25. Schleswig 10. Schmalkalden, Werner 21,60. Schönebeck, Spann 40, 30. Schramberg, N. Schutz 15,45. Schm. Gmünd, Werner 25. Schwabach (Aluminiumschläger), Lobenstein 18,65; (Eisenhauer) 36,40; (Waldler) 49,15, 17,80; Rager 40. Schweidnitz, Weyer 28,10. Schweinfurt, Paul 23,10, 6,40. Schwennigen, Würtzler 20, 20, 10,15; (Kartell) 20. Schwanau, Steinle 8,90. Sebalbsbrück, Gds 60, 48. Senftenberg, Barth 2,30. Seinfelbagen, Bieler 6,50. Singen, M. Schechl 13,50. Sömmerda, G. Münch 8. Soest, Rütter 12,60. Solingen, M. Sendler 150, 100, 36,86, 60, 125,70, 69,35. 32,15, 57,60. Speyer, Narjes 18,90. Spendingen, G. Bort 28,20. Staßfurt, Scheinig 23,12. Stodum, Versammlungsumahme 9,50; N. Körschel 30; Klein 31,10. Straßburg, Schroy 10,45. Straßburg, Schulenburg 60. Striegau, Mad 15, 9,30. Stuttgart, G. Pfeiffer 100, 100. Suhl 20. Thale a. S. (Fabrik, Land- und Hülsarbeiter) 10. Tönisheide, G. Kaspari 50, 32,45. Tönning, Kärbis 30,05. Torgau, Gittner 15,65. Torgelow, Köhn 6,60. Triebberg, Simon 11. Trossingen, Glunz 15,35. Tuttingen, G. Riene 10. Uelzen, Sad 11,80. Uerdingen, Keller 11,05. Uetersen, Vogt 8,90. Ulm, Zwidel 15; Scheifele 35,60. Urberach, Seitz 15. Varel, Gornmann 14,50. Veggel, Papmayer 82,20. Wilbert, Brüdner 200, 300, 140. Vetschau (Kartell) 60; Rieper 20. Wiblingen, Kumer, 7,85. Singl b. Köln 22,45. Waiblingen 3,65. Waldenburg, Michaelis 12. Weimar, G. Dieß 44. Weiskopf, Köhn 15,64, 15, 15, 15. Weidau a. d. S., Thiemann 10,15. Wiesbaden (Klempner) 13,70; Zelle 19,20. Wiesdorf, Körner 1,76. Wilhelmshaven, A. Neiba 159,85; Pelzer 45,05. Wildorf, Körner 25,05. Wismar 14,55. Witten, G. Rütter 4, 11,10. Wittenberge, Gutschmidt 23,85; Giebler 22. Wolfenbüttel, Kropf 15,90. Wriezen, Stein 2,70. Würzburg (Kartell) 50; Schmitt 41,75. Würzen, Bönsert 6. Zangenberg b. Zeitz, Weidner 20,90; Köhler 16,30. Zerbst, Rudolf 2,67. Zimmendorf, Zimmerlein 5. Zittau, Ulrich 60. Züllichow, Bajchow 5. Zützenhausen, D. 18. Zwidau, Pape 21,60. Zwönen, Löffler 9,50. Summa Mk. 40 734,97.

Beim Kartellvorstehenden Müller in Jserlohn gingen ein:  
Darmen (Kartell) Mk. 300, 100, 100; Dr. Kulenjojn 3,05; (Frei-Engler) 18. Weid (Kartell) 20. Wernburg, Strobel 10; (Kartell) 6,55. Wierich, Semmer 5,05. Bochum, Balzer 4,50; (Kartell) 40. Brandenburg (Zimmerer) 10. Bremen (Kartell) 300; Wem 8,90.



Bruchsal (Kartell) 19,70. Buzlau (Kartell) 15. Burg (Kartell) 45. Bülow (Kartell) 87,80. Coswig (Kartell) 10. Dahlsdorf, Hundertmarkt 87,80. Darmstadt (Kartell) 49, 4,90; Siebert 14,65. Delfan (Kartell) 30. Detmold (Kartell) 10. Dortmund (Kartell) 20, 111, 200, 82, 31, 40, 70; Droop 168,90. Döbeln (Kartell) 25. Düsseldorf, Nobelschreiner 10; Gew.-Kartell 40. Ehrenfeld, Kahleis 25, 80. Eichlinghofen 15,90. Elberfeld (Freie Presse) 85, 100, 100, 100, 82; (Kartell) 55, 190, 120, 75, 150. Erlangen (Kartell) 20. Eslingen, Kupp 30. Feggenheim (Kartell) 10. Forst, Sommer 50; (Kartell) 50. Freiburg i. B. (Kartell) 100, 32. Friedrichshagen (Kartell) 20. Friedrichsroda, Kollner 8,80. Gelsenkirchen (Kartell) 230, 25. Gießhacht (Kartell) 68,95, 11,35. Geyersberg (Kartell) 50. Glückstadt (Kartell) 31,70. Gonsenheim (Kartell) 6,70. Goslar (Kartell) 20. Hagen (Kartell) 140, 60, 300, 200. Hameln (Kartell) 10. Hanau (Kartell) 30; (Gold- und Silberarbeiter) 20. Hirschberg (Kartell) 80. Hülshofen (Metallarbeiter) 29,50. Holzwinden (Kartell) 10. Köpenick, Börte 15,60. Landau (Kartell) 5,55. Lippstadt (Kartell) 10; Kraus 11. Löhau (Kartell) 20. Mainz (Kartell) 50; G. Orth 10. Marburg (Kartell) 20; Heim 20. Meschede, Pethermann 8. Milse, Langenscheid 116,40, 100, 100, 100; Formier 50. Minder Gladbach, Rechner 12,25. Neheim 7, 8, 9. Neustrelitz 5. Neuwiesensee (Kartell) 50. Norden, Thesewitz 24,50. Nordhausen (Kartell) 10. Nowawes, Krochenschell 15. Potsdam (Kartell) 30. Rathenow 40. Ratingen (Kartell) 30, 12,05. Rawitzsch, Fr. Samml. 11,35. Reutlingen (Kartell) 10. Ringen, Kup 6. Ronndorf (Allgemeiner Arbeiterverein) 25. St. Johann, Trise 10. Siegen (Buchdrucker) 30,80; Luge 11,90. Solingen, Zentrale 300. Schwabach (Nadler) 54,75. Schwelm (Kartell) 30, 40; Müller 60. Schwiebus, Schulz 20, 8,50. Steglitz (Kartell) 20. Tangermünde (Kartell) 11,65. Uelzen (Kartell) 15. Utm (Kartell) 25. Unna (Kartell) 33,20. Wittenberg (Metallarbeiter) 18,70. Wilmshausen (Kartell) 100. Zeitz (Kartell) 30, 25. Zirkdorf (Kartell) 10. Zuffenhausen 11,50. Zwickau (Kartell) 50. Bergarbeiterverband, Hauptklasse 4000. Verband der Feizer und Maschinen 100. Steindruckerverband 200. Zuschuß vom Kartell 13,63. Summa M. 10940,93.

Beim Arbeitersekretär Limberg in Sferlohn gingen ein:  
 Aachen, Jünger M. 13, 32, 11,80. Altdorf, (Porzellanarbeiter) 28, 22. Arnberg, Homberg 4,80. Arnstadt (Kartell) 10. Barren, Dismann 150, (Betrag für Extramarken, irrtümlich nach Sferlohn gefandt) 300, 100, 400, 250. Berlin, Lenz 20; Gew.-Kommission 90,05, 300. Bremerhaven (Kartell) 106,50, 51,20, 30. Bochum, Buchdrucker 40. Bürgel a. M. (Kartell) 10,85. Camen, Clais 2,50. Coblenz-Neuendorf, Peters 12,10. Coswig, Holzarbeiter 5. Dortmund, Friese 7,15; Kropp 23,30, 92,85, 99,15. Duisburg, Buchdrucker 11,40; Stachelhaus 48. Düsseldorf, Borgmeier 45,20; (Kartell) 172; (Buchdrucker) 30, 30, 42,70; Faustabend 10; Becker 35; Becker 46. Elberfeld, Feib 6,30. Elmshorn (Kartell) 30. Essen, Buchdrucker 30; Gemoll 348,50; Gau Rheinland d. Buchdrucker 50. Eving, Jungesblut 30. Frankfurt a. M., Fr. Schrier 5. Freiburg i. Schl. (Kartell) 20; Friedberg (Kartell) 36,80. Geyersberg, Geitebrügge 110, 55; Ventenlein 24,65. Grimma (Kartell) 30,45. Guben (Kartell) 45. Hagen, Breil 81,20, 85,30, 208,19; Busch 40,65. Halle a. d. S. (Löhner) 9,80; (Buchdrucker) 19,80. Hamm (Buchdrucker) 10. Hamm i. W., G. Thiene 18,25. Hamburg, Gärtnervereinigung 9. Hannover (Kartell) 400, 200; Borßler 300, 700. Heiligenhaus, Grebner 60. Herne (Schneiderverband) 16; Joh. Orth 48,60, 7, 5,20; Himmewien 24,15. Herford (Kartell) 25, 20, 23. Hörde, Metallarbeiter 30, 20. Kall, Hartfeld 24,50; Hamp 60. Köln-Lindenthal, S. Wolf 63,60, 53,65. Langersfeld (Buchdrucker) 7,05. Lippstadt, Hesselbarth 50. Ludwigshafen (Buchdrucker) 20. Marwitz, Stänsbed 4,60. Mettmann, Peter Vog 9,80. M. Glabbach (Buchdrucker) 10. Minden, Plahmeier 13. Mülheim a. Rh., Lindlar 150, 100; Mühlheim a. d. Ruhr, Ebert 22, 30. Münster, Blannenfeld 3,75. (Buchdrucker) 20. Naumburg (Buchdrucker) 25. Nowawes (Zimmererverband) 15. Oberhausen, Briemann 6. Oberhörsnede, (Drahtzieher) 12,70. Oespe, Bahle 10, 23,60. Pinneberg (Kartell) 30. Pöhl b. Witten, Winterfeld 7. Rensfeld (Kartell) 55. Hofslan (Porzellanarbeiter) 5. Saarbrücken, Christmann 25. Soest (Kartell) 12,95. Solingen, Schaal 490, 1370, 596, 690, 290, 100. Spremberg, Brausen 4,90. Styrum-Oberhausen, Briedemann 30. Schafte (Buchdrucker) 24. Herdingen, Keller 10. Welbert, Wundelin 10; (Kartell) 50; (Metallarbeiter) 200. Warten (Metallarbeiter) 27,50. Weisshofen, Köster 25, 50. Wiesdorf (Metallarbeiter) 30,05. Wicatraberg, Gorfier 5. Witten (Metallarbeiter) 11,75, 15,20. Holland (Sferlohn Arbeiter) 21. Hannover (Zentralverband der Brauer) 300. Summa 11 161,99 M.

Bei Pöhl in Sferlohn gingen ein:  
 Bromberg, Windmüller 9. Crefeld, Gerum 50. Essen, Gemoll 200. Fürstentum, Langheim 20,50. Lambrecht, Hill 25. Biersen, Melching 15. Bingst (Metallarbeiter) 54. Summa M. 374,60.

**Zum Lohnkampf der Berliner Metallarbeiter.**

Die Berliner Metallindustriellen suchen auswärtig Streikbrecher!  
 Der Fabrikant Niemann aus der Kommandantenstraße hat sich auf die Reise begeben und sucht zurzeit in Sferlohn, im Hotel Sander, Arbeitswillige für Berlin. Da dies auch noch an anderen Orten geschehen dürfte, so ersuchen wir alle Arbeiterblätter, energischer als bisher noch darauf hinzuweisen, daß Berlin für alle Metallarbeiter gesperrt ist. Aus Sferlohn hat Herr Niemann gestern drei Arbeitswillige erhalten. Diese, junge Leute, wurden in der Werkstatte eingeschlossen, damit sie nicht davonlaufen. Als nun die Leute heftig an die Türen klopfen, kam zwar der Meister, aber erst nach ganz energischem Auftreten erhielten sie die Erlaubnis, an ihre Eltern eine Karte zu schreiben. Diese Gelegenheit benutzten die Freigelassenen, um nach dem Gewerkschaftshaus zu kommen. Die zwei aus Mainz und drei aus Sferlohn gehaltenen Arbeitswilligen arbeiten und schlafen hinter Schloß und Riegel.

**Also, Metallarbeiter Deutschlands, weidert Berlin!**

In der am 20. Oktober abgehaltenen Versammlung der streikenden Gärtler konnte Kollege Pawlowitsch wieder über einzelne Vorgänge berichten, die dafür zeugen, daß der Streik trotz seiner verhältnismäßig langen Dauer keineswegs ungünstig für die Arbeiter steht. Verschiedene Firmen haben für einen Teil ihrer ausgesetzten Arbeiter die Ausperrung aufgehoben, so daß der Metallarbeiter-Verband 150 bis 200 Ausgesperrte weniger zu unterstützen haben wird. Von der Lohnkommission wird nichts dagegen eingewandt, daß die Ausgesperrten einer Aufforderung, wieder zur Arbeit zu kommen, Folge leisten; die Streikenden jedoch gehen selbstverständlich nicht eher wieder in den Betrieb, als die Forderungen bewilligt sind. Die leitenden Personen der Fabrikantenvereinigung bezeichnen bekanntlich alle Nachrichten über Uneinigkeit in ihren Reihen als unwahr, wenn nicht gar als Lüge. Wie sie es selbst mit der Wahrheit halten, zeigte die Tatsache, daß das Berliner Tageblatt noch am 18. Oktober die Lüge der Kühnemänner, die Streikenden forderten 60 Pf. Stundenlohn, wiederholen konnte, trotzdem sie ganz genau wissen, daß es sich nicht so verhält. Die Forderung von 60 Pf. Stundenlohn wurde für 650 Drucker, für 2200 Gärtler aber die von 50 Pf. Stundenlohn aufgestellt. Darüber ist seinerzeit in der Presse genau berichtet worden, und dieselbe Tatsache geht ebenso entschieden aus den Berichten über den Abschluß des Tarifvertrags vor dem Gewerbegericht hervor. Der Referent ging ferner auf die Mahnung des Berliner Tageblattes ein: man solle sich auf beiden Seiten der größten Wahrhaftigkeit befleißigen. Für die Arbeiter, so erklärte der Redner, sei diese Mahnung durch uns überflüssig. Die Streikversammlungen tagten in voller Öffentlichkeit und dort würden nur Tatsachen mitgeteilt, es sei nicht wie bei den Unternehmern, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagten und dann den Zeitungen einen Bericht gaben,

den kein Außenstehender auf seine Zuverlässigkeit prüfen könne. Im Berliner Tageblatt wird des weitern die Auslassung eines Fabrikanten abgedruckt, nach welcher es unmöglich sein soll, wenn der Preis eines Artikels festgesetzt ist, noch etwas an den Arbeitslöhnen zu ändern. Auf Grund seiner Erfahrungen und der Erfahrungen anderer Arbeiter der Branche, erklärt der Redner diese Behauptung für durchaus unwahr. Es sei ganz allgemein, daß, wenn ein Artikel schon in Arbeit gegeben sei, noch an den Preisen für die einzelnen bei Teilarbeiten, wo einzelne Pfennige einen großen Prozentsatz ausmachten. Bei anderen Arbeiten sei es schon oft vorgekommen, daß statt 75 Pf. 1 Mt., ja 1,25 Mt. gezahlt, statt 1,50 Mt. gar 3 Mt. bezahlt werden mußten. Die Unternehmer rechneten bei ihren Kalkulationen schon derartig, daß sie auf keinen Fall zu kurz kommen könnten. Das Akfordieren der Arbeiter mit dem Meister sei ein Feilschen und Handeln in den meisten Werksstätten, so daß von einem unabänderlich festgesetzten Preis nicht die Rede sein könne. Alle diese Einwendungen, wodurch die Unternehmer zu beweisen suchen, ein Tarifvertrag sei für die betreffenden Branchen unmöglich und führe zum Ruin, seien hinfällig. Ebenso verkehrt sei die Behauptung, der Mindestlohn bilde eine Prämie auf die Faulheit. Der Redner verweist darauf, daß im Tarifvertrag eine Probezeit festgesetzt ist, damit der Arbeitgeber sich überzeugen kann, ob ein neu eingestellter Arbeiter auch den Mindestlohn verdient, und daß für invalide und nicht leistungsfähige Arbeiter nicht der Mindestlohn verlangt wird, sondern die freie Vereinbarung vorgezogen ist. Der Redner befaßte sich ferner mit den Verhandlungen der letzten außerordentlichen Generalversammlung der Fabrikantenvereinigung, die am 17. Oktober stattgefunden hat, wie gewöhnlich unter völligen Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach dem Bericht, der der bürgerlichen Presse zugestellt wurde, ist dort einstimmig folgender Beschluß gefaßt worden:

„Die am 17. Oktober 1903 in der Börse tagende Generalversammlung der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem gestern gefaßten einstimmigen Beschluß des Verbandes Berliner Metallindustrieller. (Dieser hat nämlich beschloffen, bis auf weiteres keine Arbeiter mehr einzustellen und den Arbeitsnachweis zu schließen.) Sie vermischt jeglichen Nachweis für die fortläufig von der Streikleitung verbreiteten Nachrichten, daß innerhalb der Vereinigung Uneinigkeit und Neigung zum Nachgeben herrsche, sie erklärt diese Nachrichten für vollkommen unbegründet. Sie erklärt ferner, daß der bisherige Verlauf und der gegenwärtige Stand der Bewegung für sie keinerlei Anlaß zur Änderung der bisher beobachteten Maßnahmen bieten.“

In jener Generalversammlung wurde unter anderem mitgeteilt, daß die Werksstattdirektion überall befriedigende Resultate ergeben und daß am 17. Oktober wieder ein Fabrikant 80 Arbeiter entlassen habe. Es sei aber festgestellt, daß bei der Firma, die angeblich am 17. Oktober 80 Arbeiter entlassen haben soll, bis 19. Oktober nur 33 entlassen worden waren; die übrigen würden jetzt wahrscheinlich selbst die Arbeit niederlegen. Die Tatsache, daß verschiedene Firmen Ausgesperrte wieder eingestellt haben, beweise schon, daß die jetzt gefaßte Resolution eitel Dummheit sei.

In der Versammlung der Drucker am 21. Oktober konnten wesentliche Veränderungen im Stand der Bewegung nicht gemeldet werden. Auch die Drucker denken nicht im mindesten daran, ihre Haltung zu ändern und verharren im Kampfe mit denselben rühmlichen Ausdauer und Entschlossenheit wie die Gärtler. Es ist aber gar nicht daran zu zweifeln, daß die Fabrikanten bezüglich ihrer Ausperrung solche Ausdauer und Einigkeit nicht beweisen. Es ist eine feststehende Tatsache, daß verschiedene Firmen, und zwar solche, die der Fabrikantenvereinigung angehören, einen Teil ihrer Ausgesperrten wieder eingestellt haben, und daß der Metallarbeiter-Verband, diejenigen einberechnet, die anderweitig Arbeit angenommen haben, ungefähr 150 bis 200 Ausgesperrte weniger zu unterstützen hat. — Auch die Behauptung: es sei unmöglich, einen Tarifvertrag für die in Betracht kommenden Branchen abzuschließen, glauben offenbar die Einschichtigen unter den Fabrikanten nicht. Es ist allerdings unmöglich, so lange der Kühnemänner-Verband die Mehrzahl der Fabrikanten zwingt und zu zwingen vermag, diesen vernünftigen und einzig möglichen Weg, Frieden und geregelte Verhältnisse für die Industrie zu schaffen, nicht einzuschlagen. Dieser Lage hat ein der Vereinigung angehörender Fabrikant einem Vertreter der Metallarbeiter gegenüber erklärt: Tarifverträge sollten wohl abgeschlossen werden, aber erst dann, wenn der Kampf beendet sei. Man will also jedenfalls erst den Metallarbeiter-Verband knebeln, den Arbeitern das Recht nehmen, sich zu organisieren und als Organisation zu handeln, dann denken die Herren daran, das als unmöglich erklärte möglich zu machen. Dafür aber: mit gebundenen Händen einen Vertrag, der doch nur ein Scheinvertrag wäre, zu schließen, dafür bedanken sich die Streikenden. Sie wollen ihre Organisation als gleichberechtigten Faktor anerkannt wissen, wie sie bereit sind, die Organisation der Unternehmer anzuerkennen und einen ehrlichen Frieden mit ihr zu schließen, aber keinen Sklavenvertrag. Daß sie für dieses Ziel mit so musterhafter Ausdauer und Einmütigkeit, mit solch hohem sittlichen Ernst und Unerschrockenheit, allen Verfolgungen und Drohungen der Arbeitgeber und der Polizei Trotz bietend, kämpfen, das muß jeden wirklichen Freund menschlichen Kulturfortschritts mit hoher Befriedigung und Sympathie erfüllen.

**Der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Berlin sind folgende Schriftstücke übermittelt worden:**

**Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten.** Berlin, 9./10. 03.  
 An die Firma Siemens & Halske. Aktiengesellschaft.  
 Von einem Mitglied wird uns mitgeteilt, daß bei Ihnen der freitrende Schlosser (folgt Name) eingestellt ist. Wir ersuchen höflich, denselben baldmöglichst abzugeben zu wollen.  
 Hochachtungsvoll  
 2. Klasse.  
 Nach Empfang dieses Ruffschreiben Urmasbriefes ließ die Direktion der Firma Siemens & Halske durch ihr Sekretariat folgendes Schreiben an das Berliner Werk abgehen:  
 Vertraulich.  
 Urfchriftlich dem Berliner Werk zur gefl. Kenntnisnahme mit der Bitte um Rückgabe und Mitteilung über die dortigen Entschlüsse.  
 W., 10./10. 03. Sekretariat. (Unterschrift.)  
 Prompt erfolgte nun nachstehende Antwort:  
 R. Gd. Dem Sekretariat mit dem Bemerkten zurückgereicht, daß (Name des Schlossers) entlassen werden wird.  
 — 14./10. 03. (Unterschrift.)

Als Kollege Weyenthal am 21. Oktober abends diesen Steckbriefwechsel in einer stark besuchten Versammlung der Siemenschen Arbeiter und Arbeiterinnen des Stadtbezirks zur Verfügung brachte, erhob sich ein allgemeiner Sturm der Entrüstung. Daraus konnte die berühmte „traditionelle Arbeiterfreundlichkeit“ der Firma wirklich nicht beleuchtet werden als durch die Beweisführung, daß sie sich zu Handlungsdiensten für die Kühnemänner herbeigibt, obwohl sie diesem berückichtigten Scharhacker ring bislang nicht angehört hat. Dieses Beispiel zeigt auch wieder mit aller Deutlichkeit, daß die Unternehmer, auch wenn sie sonst gegenständig nicht auf Grundgediegen stehen, stets Hand in Hand gehen, sobald es sich um gemeinsame Unterdrückung der Arbeiter handelt. — In derselben Versammlung stellte der Referent an der Hand eines reichhaltigen Tatsachenmaterials außerdem fest, daß die Firma Siemens & Halske ihr feinerseitig abgebenes Versprechen, den Arbeiterinnen einen Mindest-

lohn von 25 Pf. pro Stunde zu garantieren, dadurch umgeht, daß sie die Arbeiterinnen, die bei reduzierten Akfordpreisen diesen Lohnsatz beim besten Willen nicht erreichen können, einfach entläßt. Auch betriebs der früher schon vielfach öffentlich erörterten Mißstände, wie Mangelhaftigkeit der Ventilation, Wascheinrichtungen, Anleideräume, Klosetts u. s. w., ist so gut wie gar keine Abhilfe geschaffen worden, und Überstunden müssen täglich in größerem Umfang geleistet werden, besonders in der Schrauben- und Fasson-dreherei.

Welchen Wert man den Berichten der bürgerlichen Presse über den Kampf in der Metallindustrie beizulegen hat, mag folgende Tatsache erweisen. Vor einiger Zeit brachte die Staatsbürger-Zeitung einen Artikel, in dem die Behörden gegen die Arbeiterchaft scharf gemacht werden sollten, unter der Überschrift: „Wo bleibt die Regierung?“ Neben anderen Unrichtigkeiten enthielt der Artikel die Behauptung, daß die Arbeitgeber verwanter Branchen den Kühnemännern mit einer Ausperrung zu Hilfe kommen sollten. Die Arbeitgeber der Schlichtungskommission für das Mohrlegergewerbe sandte nun der Staatsbürgerin folgende Berichtigung:

In der Nr. 315 vom 11. d. M. ist von Ihnen in dem Artikel „Wo bleibt die Regierung?“ die Mitteilung gebracht worden, daß bei dem Lohnkampf in der Metallwarenfabrikation von den Arbeitgebern beschloffen worden sei, von den verwannten Betrieben, den Kupfer- und Zinnlegierungen und der Zentralheizungsbranche zunächst je 33 1/3 Prozent der Arbeiter auszusperren.  
 Die Arbeitgeber der Schlichtungskommission für das Mohrlegergewerbe von Berlin und Umgebung bitten Sie davon Notiz zu nehmen, daß ihnen von einem derartigen Beschluß, soweit es sich um die Arbeiter in der Zentralheizungsbranche handelt, nichts bekannt geworden ist.  
 Der Vorsitzende  
 G. E. Bernhardt.

Aus England wird gemeldet: Ende, 19. Oktober. Die hiesigen Metallarbeiter wurden aufgefordert, unter sich eine Subskription für die deutschen Metallarbeiter zu veranstalten, die in Berlin mit den Metallwarenfabrikanten um die Herabsetzung der Arbeitszeit in Streit geraten sind. Die Aufforderung ist ergangen, um die Unterstützung der Deutschen vor jeden Jahren zu vergelten, als diese den Zufluß von Arbeitern vom Festland verhinderten und 14500 Pfst. sammelten.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Bezüglich der vom Vorstand eingeleiteten statistischen Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Eisen- und Metallgießereien Deutschlands machen wir darauf aufmerksam, daß die als Musterexemplare versandten „Persönlichen Fragebogen“ als Hilfsmittel für die Erhebungen dienen und vom Vorstand in größeren Posten bezogen werden können.

Zudem wir auf die Wichtigkeit dieser statistischen Erhebungen hinweisen, ersuchen wir die Ortsverwaltungen, Bevollmächtigten und Geschäftsführer dringend, unverzüglich die nötigen Anordnungen zu treffen, damit die ausgefüllten Fragebogen bis zu dem angegebenen Zeitpunkt, 1. Dezember 1903, an den Vorstand eingeleitet werden können.

Verwaltungsstellen, in deren Geltungsbereich keine Eisen- oder Metallgießerei ist, wollen dies sofort nach hier mitteilen, damit die nötigen Hilfsmittel für die Zusammenstellung schon jetzt vorbereitet werden können und keine Verzögerung durch etwaige Reklamationen eintritt.

Die Verwaltungsstellen, die von einer in den benachbarten Ortschaften gelegenen Gießerei Kenntnis haben, jedoch mit den darin beschäftigten Arbeitern aus irgend einem Grunde keine Verbindung haben, wollen dies dem Vorstand und dem zuständigen Bezirksleiter mitteilen.

**Aus Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit darf keine Gießerei bei den Erhebungen übergangen werden.**

Die von den Vertrauensleuten der Formen an die Ortsverwaltungen behufs Weiterbeförderung an den Vorstand abzuleifernden Fragebogen sind genau zu kontrollieren. Unrichtig oder nur halb ausgefüllte Fragebogen sind zu ergänzen und erst dann an den Vorstand einzuliefern.

**Sinnfälligkeit der Arbeitslosenstatistik**

ersuchen wir alle arbeitslosen Mitglieder am Orte, auch die, welche noch nicht unterstützungsberechtigt sind, sich stets bei den örtlichen Verbandstellen zu melden.

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptklasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Der Verwaltungsstelle in Hensburg die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 5 Pf. pro Mitglied.  
 Der Verwaltungsstelle in Nutha die Erhebung einer wöchentlichen Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied.  
 Den Einzelmitgliedern in Frankenberg i. S. die Erhebung einer monatlichen Extrasteuer von 10 Pf. pro Mitglied.

**Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3, Abs. 8 a, des Statuts:**

Auf Antrag der Einzelmitglieder in Chemnitz:  
 der Nadelmacher Richard Förster, geboren am 26. März 1876 zu Oberlungwitz, Buch-Nr. 257297,  
 der Nadelmacher Erich Schubert, geboren am 24. Januar 1863 zu Limbach, Buch-Nr. 453698;  
 der Nadelmacher Karl Schürs, geboren am 27. Januar 1863 zu Radlow, Buch-Nr. 427148, sämtlich wegen Streikbruch.  
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lubbigshafen a. Rhein: der Schlosser Ludwig Sieper, geboren am 25. März 1864 zu Neustadt a. Hardt, Buch-Nr. 550380, wegen Streikbruch.  
 Wieder aufgenommen wird auf Antrag der Einzelmitglieder in Wüggel der Former Eugen Kuschella, geboren am 12. Februar 1875 zu Chemnitz.

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend angeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerkten, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Es wird zur Last gelegt:  
 dem Mitglied Karl Redfiegel, geboren am 2. Buch-Nr. 532854, nach einem von der Verwaltungsstelle in Dortmund an das gestellten Antrag, betreffend Vergehen gegen Verbandseigentum.

**In die Gärtler und Metalldrucker Berlins!**

Wie uns von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, bemühen sich auswärtige Metallwarenfabrikanten, namentlich solche in England, durch Agenten und brieflich in Deutschland Arbeitskräfte anzuwerben. Um zu verhindern, daß Mitglieder unseres Verbandes im Ausland Arbeit zu anderen als den jeweiligen Tarifbedingungen annehmen, richten wir die dringende Mahnung an unsere den obigen Verufen angehöri-



Mitglieder, Ihnen angebotene Arbeit nur nach vorheriger Ver-  
kündigung mit Unterzeichnetem anzunehmen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an  
Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16  
zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür  
das Geld vereinnahmt ist.  
Mit kollegialem Gruss Der Vorstand.

**Bekanntmachung des Ausschusses.**

Die Adresse des Vorsitzenden ist von jetzt an:  
Robert Weisig, Pönnbergstrasse 29, 1.  
Alle für den Ausschuss bestimmten Sendungen sind an diese  
Adresse zu richten. Mit kollegialem Gruss Der Ausschuss.

**Zur Beachtung.**

**Zugzug ist fernzuhalten:**

- von Heingoldschlägern nach Dresden: nach Nürnberg (Christian  
Schmidt, Obere Mentergasse 12; Adam Singer, Wärenschanzstr.  
Jean Kieß, Fürtherstr.; Michael Pfeifer, Paradiesstr.); nach  
Fürth (Ludwig Spiegelberger, Königsmonterstr.); nach Stutt-  
gart (Wulfen) D.;
- von Formern und Eisengießerarbeitern nach Berlin; nach  
Friedland i. M. (Friedländer-Eisenwerk) M.; nach Hildes-  
heim (Gebr. Propp) St.; nach Neu-Ruppin; nach Kati-  
ngen (Koch & Wellenstein) St.;
- von Glühlampen nach Berlin St.;
- von Klempnern und Installateuren nach Magdeburg St.; nach  
Klemscheid D.;
- von Metallformern, Metalldrehern, Rotgießern und Metall-  
schleifern nach Nürnberg (Balm) St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin; nach Celle  
(Maschinenfabrik) St.; nach Neu-Strelitz (Gebr. Maas) St.;
- nach Ruhl a. i. Thür. (Gebr. Thiel) St.;
- von Metallbrücker nach Berlin St.;
- von Metallgießern nach Nürnberg (Balm) D.;
- von Silberschlagern nach Schwabach (Farnbacher) D.; (Sturm) St.;
- von Schleifern nach Neumarkt i. Oberpf.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche über-  
haupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohn-  
bewegung; U.: Aussperung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung;  
Nt.: Mißstände; R.: Lohn- oder Afford-Reduktion; F.: Einführung  
einer Fabrikordnung.)

**Korrespondenzen.**

**Formern.**

Natingen. Zur Formernbewegung bei Koch & Wellen-  
stein. Wie schon in Nr. 41 der Metallarbeiter-Zeitung kurz ge-  
meldet, hatten sämtliche Formern und Eisengießerarbeiten ge-  
kündigt. Am 28. September wurde dies den Formern durch den Meister be-  
kannt gemacht, am 29. September fand eine Werkstättenbesprechung  
statt und wurde beschlossen, bei der Firma vorläufig zu werden. Es  
wurde der Firma ein Schreiben überreicht, das sämtliche Formern  
unterzeichnet hatten. Bei der Übergabe erklärte Herr Wellenstein,  
für so einen Brief gebe er nichts, die Unterzeichner seien ein Kom-  
plot. Da man bei der Firma halbmonatliche Kündigung ist, so  
kündigten sämtliche Formern und Eisengießerarbeiten am 1. Oktober. Am  
Abend fand nochmals eine Werkstättenbesprechung statt, in der der  
Bezirgsleiter Wallbrecht anwesend war. Kollege Wallbrecht setzte  
den Formern die Bedeutung eines Streiks auseinander. Von den  
16 Beteiligten waren nur 7 organisiert (3 im Deutschen Metall-  
arbeiter-Verband und 2 bei den Tisch-Druckern), aber sämtliche  
Anwesenden erklärten sich solidarisch und wollten den Kampf gegen  
die Firma durchsetzen. Auf Vorstellung des Kollegen Wallbrecht bei der  
Firma erklärte dieser, man mit den Arbeitern verhandeln zu wollen.  
Am 3. Oktober wurde ein Ausschuss gewählt, der mit der Firma  
verhandeln sollte. Doch auch jetzt wollte diese sich auf nichts einlassen,  
die Kollegen bestanden trotzdem auf ihrer Forderung zur Rücknahme  
der Affordabzüge. In der am 4. Oktober abgehaltenen Besprechung  
ließen sich die unorganisierten Arbeiter alle in den Metallarbeiter-  
Verband aufnehmen. Nach nochmaliger Vorstellung des Ausschusses  
erklärte Herr Wellenstein, er wolle mit Herrn Koch, der augenblick-  
lich verreist sei, Rücksprache nehmen und fragte die Kollegen, ob sie  
gewillt wären, die Kündigung zurückzunehmen. Diese erklärten, sie  
wären dazu bereit, wenn der Affordabzug zurückgenommen würde.  
Am 12. Oktober wurde nun dem Ausschuss durch den Betriebschef,  
Herrn Remer, erklärt, die Firma nehme den Abzug zur Hälfte zurück.  
Aber die Kollegen hielten fest an ihrer Forderung. Im Laufe des  
Nachmittags gab Herr Remer nochmals etwas nach, es kam aber  
keine Einigung zustande, bis schließlich am anderen Tage, am  
13. Oktober, die Firma nachgab. Die Sache ist also zugunsten der  
Arbeiter verlaufen.

**Klempner.**

Sarburg a. d. S. In der am 17. Oktober abgehaltenen sehr  
gut besuchten Versammlung der Sektion der Klempner referierte  
Kollege Hartenfeld über die angebotene Verschmelzung der  
einzelnen Fachsektionen. Er geht allen, die sich anmaßen, die kleinen  
Fachsektionen zu vernichten, sehr scharf zu Leibe und weist an der  
Hand des gesammelten Materials nach, daß die Sektionen das beste  
Mittel zur Erhaltung einer regen Agitation gewesen sind und auch  
bleiben werden. Daher solle man diese nicht zu vernichten suchen,  
sondern am richtigsten wäre es, neue ins Leben zu rufen. Klart ein  
fremder Kollege zu und kommt nach dem Verkehrslokal, so wird er  
von seinen Kollegen gleich aufgenommen wie ein Mitglied einer  
Familie, und weil er unter Kollegen ist, werden auch Arbeits-  
bedingungen besprochen und am eventuellen Arbeit zu bekommen ist.  
Also, auch der beste Arbeitsnachweis liegt in den Sektionen. Bei  
einer Verschmelzung treten, was nicht anzusehen, Kollegen aus. Des-  
halb muß der Grundgedanke fest und bleiben, nicht die Fachsektionen  
zu vernichten, sondern solche zu errichten. Remer betont noch, daß  
die noch bestehenden Sektionen sich ganz entschieden gegen eine Ver-  
schmelzung zur Wehre setzen sollten. Es sei auch ganz unerwünscht,  
gleich beim ersten Anruf die Hände aus dem Fenster zu werfen. Es  
wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die  
Versammlung der Klempner Sektionen ist mit dem Vorschlag des  
Gesamtvorstandes zwecks Auflösung der Sektionen zugunsten der  
allgemeinen Verwaltungen nicht einverstanden, sie stellt sich vielmehr  
auf den Standpunkt, daß nur ein Weiterarbeiten wie bisher möglich  
und der Interessen der Sektionen förderlich sei.“

**Mechaniker.**

Hamburg. Am 10. Oktober hielten die Feinschmiedler, Elektro-  
monteure und chemischen Instrumentenmacher in Gossows Ge-  
sellschaftsraum ihre regelmäßige Versammlung ab. Schon lange vor  
Beginn derselben war das Lokal bis auf den letzten Platz besetzt.  
Durch eine ruhige Agitation unter den Hamburger Kollegen ist es  
gelungen, die größten Schwierigkeiten für die Organisation zu gewinnen.  
Denn seit dem Vordränger und speziell dem Haller Metallarbeiter,  
wo es den Prinzipalen überlassen ist, eine freie Vereinbarung mit  
den Schließern einzugehen (15 bis 18 Mk. Lohn), sind Zustände in  
unserem Beruf eingetreten, die auch ein Feinschmiedler auf die Dauer  
nicht ertragen kann. Auf der Tagesordnung stand: „Der Summe in der  
modernen Welt ist, und als zweiter Punkt: Lohn- und Arbeitsverhält-  
nisse in unserem Beruf.“ Über den ersten Punkt sprach Herr Otto Wegger.  
Remer vertrat es angedeutet, in sozialer, humaner, sozialer Sinne ein

Bild von den Modernen und deren Entwicklung in der deutschen  
Literatur zu geben. Im Anschluß daran erzählte er in launiger Weise  
von der ersten Veranlassung zur Gründung des „Arbeitervereins“ zc. und  
verzierte einige Perlen des Humors von Bierbaum, Eilencron,  
Falle, Giers und G. v. Wolzogen. Wie die stürmische Heiterkeit  
und der lebhafteste Beifall des öfteren bewies, wird der Vortrag als  
ein wirklich gewundener bei allen in angenehmer Erinnerung blei-  
ben. — Der zweite Punkt wurde wegen der vorgerückten Zeit bis  
zur nächsten Versammlung (14. November) verschoben. Kollege Thor-  
mann ersuchte die Kollegen für regen Besuch der Versammlung  
Sorge zu tragen, denn es wäre endlich an der Zeit, sich Klarheit  
über die Zustände in unserem Beruf zu verschaffen.

**Metallarbeiter.**

Bonn a. Rh. In der am 17. Oktober abgehaltene Mitglieder-  
versammlung hielt Kollege Wallbrecht einen Vortrag über „Die Ziele  
der Gewerkschaftsbewegung und die Tarifverträge.“ Nachdem er auf  
die allgemeine Gewerkschaftsbewegung hingewiesen und die Vorzüge  
der Tarifverträge den Mitgliedern klar gelegt hatte, ermahnte er,  
durch eifrige Agitation auch in Bonn dafür zu sorgen, daß wir auf  
Grund einer starken Organisation Verträge abschließen können.  
In der Diskussion wurden von verschiedenen Rednern die Verhält-  
nisse am Orte einer scharfen Kritik unterzogen. So wurde unter  
andem mitgeteilt, daß hier noch Klempner für einen Tagelohn  
von 1,50 bis 2 Mk. arbeiten. Geradezu traurig sieht es in den  
Schlossereien aus; da wird bei einem Hungerlohn noch 12 bis 13  
Stunden lang gearbeitet. Auch auf die Schreibwarenfabrik von  
Friedr. Sonnen wurde aufmerksam gemacht. Im vorigen Jahre  
schränkte es uns noch unmöglich, in diesem Betrieb Fuß fassen zu können.  
Doch die fortgesetzten Affordreduktionen sind nicht spurlos an den  
Arbeitern vorbeigegangen, und zurzeit sind Mißstände vorhanden,  
daß selbst den indifferentesten Kollegen die Augen aufgehen. So müssen  
z. B. die Schlosser ihre Werkzeuge selbst bezahlen. Sonst lieferte der  
Arbeitgeber seine Arbeit direkt in die andere Abteilung zur Weiterver-  
arbeitung ab, jetzt muß alles aus Lager gebracht werden und der  
Meister, ein gewesener Uhrmacher, gibt da sein Gutachten über Dreher-,  
Schlosser-, Schleifer- und Lackierarbeiten ab. Die Zeit, die dadurch  
verloren geht, ist alles nach mit in dem Afford inbegriffen. Von  
den Affordkürzungen nur ein kleines Beispiel: So erhielt früher der  
Schlosser für eine Buchpresse 50 Pf. jetzt 18 Pf. Der Inhaber, Herr  
Kommerzienrat Fr. Sonnen, war bei der letzten Reichstagswahl  
liberaler Kandidat im hiesigen Wahlkreis, und in den liberalen Ver-  
sammlungen konnte man stets das Lied vom Musterbetrieb und der  
Arbeiterzufriedenheit des Herrn Kommerzienrats in allen Tonarten hören.  
Was den Musterbetrieb anbelangt, einige Beispiele. So müssen die  
Arbeiter für 1/2 Liter Kaffeewasser 1 1/2 Pf. bezahlen, was doch überall  
unmöglich verabsolgt wird. Auch eine Badeeinrichtung existiert,  
doch wenn viel Arbeit da ist, wird sie nicht benützt, weil der Herr  
Direktor Urmann erklärt: Dazu haben wir jetzt keine Zeit. — Es  
sind Angelegenheiten vorhanden, daß wieder ein Aktentat auf die Löhne  
geplant ist, da die Lohnlisten so genau durchgesehen werden. — Wenn  
die Arbeiter sich gegen dieses Gebahren und weitere Verschlechter-  
ungen hüten wollen, müssen sie der Organisation, dem Deutschen  
Metallarbeiter-Verband beitreten. Gerade in diesem Betrieb viel  
mit seinen Spezialarbeiten ist durch ein geschlossenes Vorgehen zu  
erreichen. Daselbst gilt natürlich auch für alle übrigen Metallarbeiter  
Bonn's. Die Mitglieder aber mögen durch fleißige Agitation in  
ihren Werkstätten dafür sorgen, daß der Verband immer mehr und  
mehr sich ausbreitet.

Braunschweig. (Aus der Mühlenbauanstalt Amme-  
Giesede & Konegen.) In einer sehr stark besuchten Versammlung  
der bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter unterzog der Kollege  
O. Gammerschmidt mit Hilfe des in seinen Händen befindlichen  
Materials die Zustände in diesem Betrieb einer herben Kritik. Wie  
sehr er das Richtige getroffen hat, bewies der laute Beifall am  
Schlusse seiner Ausführungen sowie die einstimmige Annahme folgen-  
der Resolution: „Die heutige gut besuchte Versammlung ist mit den  
Ansprüchen des Referenten völlig einverstanden und beauftragt  
das Bureau, diese der Öffentlichkeit zu übergeben. Im weiteren  
verpflichten sich die Kollegen, die noch nicht organisiert sind, sich ihren  
modernen Organisationen anzuschließen.“ Aus dem in der Versamm-  
lung zur Sprache gebrachten sei folgendes mitgeteilt: Im Februar  
d. J. wurde ein neuer Betriebschef eingesetzt. Daß dadurch gewisse  
Änderungen mit der Zeit kamen, versteht sich von selbst. Es konnte  
vor einiger Zeit mitgeteilt werden, daß die Meisterzahl verdoppelt  
werden sollte. Es ist dies auch eingetreten; sind doch zurzeit  
28 Meister und 3 Nachtmeister resp. Kontrollreue, außer dem sich  
immer mehr und mehr vergrößernden Kontorpersonal tätig. Wie  
diese „Tätigkeit“ nun aussieht, davon nur einige Beispiele, denn alle  
anzuzählen, würde zuviel Raum in Anspruch nehmen. Der Aus-  
spruch des neuen Herrn Betriebschefs war, daß die Affordabzüge so  
geregelt werden sollen, daß besonders tüchtige Arbeiter 50 Pf. Stunden-  
lohn verdienen könnten, scheint nun Tatsache zu werden, wenigstens  
bei der augenblicklichen Versuchssituation, dem Walzenstuhlbau. Herr  
Wai bei diesen Regelungen der Affordabzüge tatsächlich schlaue zu  
Werte. Würde dieses Experiment zugleich bei allen Arbeitern ver-  
sucht, so könnten diese rebellisch werden. Deshalb nimmt man erst  
die Abteilung Walzenstuhlbau. Wenn man dann hier Ruhe wähnt,  
geht es zu anderen Abteilungen. Bis Anfang laufenden Jahres  
waren die Löhne stabil, der Unterschied in der Lohnhöhe der Neu-  
eingestellten mit den bereits länger Beschäftigten war unerheblich.  
Aber bereits im Frühjahr und Sommer änderte sich dieses. Es  
wurden bedeutend niedrigere Anfangslöhne gezahlt. Die Dreher, die  
für die Ablösung in Betracht kamen, wurden größtenteils mit 35 bis  
38 Pf. pro Stunde eingestellt, verschiedene jüngere sogar mit 30 bis  
32 Pf., wogegen früher die Anfangslöhne zwischen 35 bis 45 Pf.  
schwankten. Bei den Schlossern war der Unterschied von jeher immer  
ein größerer. Ist es doch sogar vorgekommen, daß ein Schlosser mit  
20 Pf. Stundenlohn, also noch 50 Prozent unter ortsüblichen Tage-  
lohn eingestellt wurde. Der Anfangslohn bei den Schlossern schwankt  
demnach zwischen 20 bis 42 Pf. Letzterer Satz wird in ganz ver-  
einzelten Fällen gezahlt. Den Höchstlohn den einzelne erreichen,  
beträgt 55 Pf. Die von der Fabrikleitung gewiß gern gefundene  
Folge dieser Differenzen in der Lohnhöhe ist eine starke Uneinigkeit  
unter den Arbeitern. Der störende Geschäftsgang brachte es mit sich,  
daß da, wo kein Schichtwechsel stattfand, Überstunden in ungeheurer  
Zahl gemacht wurden. Trotzdem dafür keine Entvergütung ge-  
währt wurde, gab es dennoch eine Anzahl Kollegen, die gerne welche  
machten, und erst am letzten Sonnabend haben es ja einige wieder  
glücklich auf 17 1/2 resp. 18 Stunden gebracht. Als Dank für diese  
Bereitschaft kommt die Firma mit Abzügen. Die Dreher im  
Walzenstuhlbau arbeiteten bis jetzt in Lohn. Hier bewegen sich die  
Abzüge nach den alten Affordabzügen bis zu 25 Prozent, vereinzelte  
Fälle noch mehr, und so kommt es, daß Überstunden gang und gäbe  
sind, momentan wöchentlich 9 bis 10 Stunden. Unmenschliches an  
Überstunden wurde von den Schlossern dieser Abteilung geleistet.  
Eine Kolonne (dieses verzerrende Vorgehen) hat mehrere Male  
20 bis 35 Stunden hintereinander ausschließlich der Baufen ge-  
arbeitet, und größtenteils in Afford. Was diese Art und Weise gereizt  
hat, davon zeugt folgendes: Für einen Walzenstuhl 250 x 1000  
zählte man früher 60 Mk., jetzt 48 Mk., 250 x 800 früher 55 Mk.,  
jetzt 45 Mk., 300 x 600 früher 50 Mk., jetzt 42 Mk. Ferner für  
jezt 8 bis 9 Mk., 4 Abstreicher früher 8 Mk. 60 Pf., jetzt 4 Mk.,  
2 Schmalbleche früher 1 Mk. 20 Pf., jetzt nichts. Weiter für 2 Quecksil-  
werke, die 303 Stunden angestragener Arbeit bedurften, setzte man  
90 Mk. an, mit allem Ach und Krach legte man 8 Mk. an, so daß  
auf die Stunde 31 Pf. entfielen. Derselben Sachverhalt noch mehr  
angeführt werden. Auf allzu große praktische Kenntnisse des be-  
treffenden Beamten läßt es nicht schließen, der da eine Arbeit,  
die mit 76 Mk. bezahlt werden mußte, vorher mit 50 und schreibe  
15 Mk. aufsteht, oder der eine Turbine für 20 Mk. hergestellt haben  
will. Nachdem diese Abzüge bekannt gegeben, wurde auf Wunsch  
der Kollegen das Mitglied des vorgenannten Arbeiterausschusses beim  
Betriebschef frei vorläufig. Von diesem an den Betriebsleiter Rot-  
tung, der inzwischen den Stuhl von den Füßen geschüttelt, verwiesen,  
erhielt dieses nun, daß der Kolonnenführer der 35-Stundenkolonne

88 Pf. pro Stunde verdient haben sollte. Dieser darüber zur Rede  
gestellt, behauptete dies als Lüge. Auf nochmalige Vorlesung flüchte  
sich die Sache dahingehend auf, daß 69, 68 1/2 und 67 Pf. Stunden-  
lohn in einer Zahlung erzielt wurden. Ein anderer Kolonnenführer  
begnügte sich mit 88 Pf. pro Stunde. Auf Grund der Erzielung  
dieser Summen begründete man die Abzüge. Wie kam es nun, daß  
diese beiden dies verdienten, während andere als sogenannte Kol-  
onnenführer bloß 50 resp. 55 Pf. verdienten? Während die Lohn-  
sätze im allgemeinen beim größten Teile der Kolonne nur unerheblich  
auseinandergehen (gemeinhin hat der Führer 2 Pf. Stundenlohn  
mehr, in einem Falle soll die Kolonne gleichmäßige Sätze haben),  
ist es bei vorgenannten zwei Kollegen anders. Die vorerst erwähnte  
Kolonne besteht aus drei Mann. Der Führer hat 45 Pf., ein Mann  
40 Pf. und der dritte Mann 34 Pf. Stundenlohn, außerdem zeit-  
weise ein Lehrling, der höchstens mit 10 Pf. pro Stunde entlohnt  
wurde. Trotzdem von dem Meister Mönckemeyer bis aufs Äußerste  
angegriffen („Man tau, man tau, de Stahl muß fertig werden!“)  
hat in diesem Falle der Führer nie über 55 Pf. geschrieben, ist hier-  
bei aber in den Fehler verfallen, was leider noch viele Affordarbeiter  
tun) und hat sich Stunden aufspart. Dies scheint Mönckemeyer  
gemerkt zu haben, und obwohl es sein Freund, hat er es herauszu-  
bracht. Einem Tages (ein Walzenstuhl war wieder fertig) ließ sich  
Mönckemeyer den Affordzettel geben, und trotzdem noch Stunden  
hinzu mußten, schrieb er ihn fertig. Als der Kolonnenführer den  
Schein wieder haben wollte, wurde ihm derselbe verweigert. Da-  
durch, daß die Kolonne einen Lehrling zur Hilfe hatte und der Lohn-  
unterschied ein erheblicher war, konnte die Zeit nach und nach ge-  
spart werden. Durch die Wegnahme des Affordzettes seitens des  
Meisters Mönckemeyer Krieg der Affordtag auf vorerwähnte Höhe  
von 69,68 und 67,12 Pf. pro Stunde in einer Zahlung. Im zweiten  
Falle liegt die Sache ähnlich. Diese Kolonne, die die Versuch- resp.  
Probefabrikation zu sein scheint, besteht aus zwei Mann. Der Führer  
besaß vergangenen Winter einen Schlosser im besten Mannesalter  
mit dem horrenden Stundenlohn von 30 Pf. zugewiesen, der inzwischen  
auf 32 Pf. erhöht ist; der Führer erhält 42 Pf. Ferner ist auch ein  
Lehrling zugeteilt, der, nebenbei gesagt, seinerzeit einen Afford von  
15 Mk. der Kolonne fertig machte, aber keineswegs 150 Stunden  
daran gearbeitet hat. Auf diese Art und Weise war es möglich,  
68 Pf. zu verdienen. Wären nun die Lohnsätze 42 und 40 Pf., so  
stellte sich der Stundenlohn auf 61 resp. 59 Pf. Früher bestanden  
auch zwei Preise, der eine erhielt 55, andere 58 Mk. für ein  
und denselben Stuhl. Daß man durch diese Machinationen und die  
durch Einstellung billiger Arbeitskräfte darauf hinwirkte, die Löhne  
der länger Beschäftigten herabzudrücken, war klar. Wer hier der  
treibende Keil ist, soll dahingestellt bleiben; Mönckemeyer scheint auch  
einzusehen, daß er hierbei nicht recht gehandelt hat, denn während  
er die zuletzt erwähnte Kolonne nach dem Abzuge direkt an seine  
Bude plazierte, bekam erstere nebenbei einen Stuhl zum Umbauen.  
Hierbei umschwirrte Mönckemeyer seinen Freund mit freundschaft-  
lichen Antrieben. „Wilhelm, dau mir den einzigen großen Gefallen,  
mach mir den Stahl bis dann und dann fertig. Wenn's mit dem  
Gelde nicht utkommt, bin ich auch noch da, ich lege Dir 6 bis 10 Mk.  
tan, ein Stahl kommt heute von den Malern, morgen der andere,  
übermorgen noch einer, hehste, da kommt Du auch zu Deinem Gelde.“  
Ob er dadurch sein Unrecht mildern oder seine Freunde beschwich-  
tigen will? Nun ja, die Spaten pfeifen es von den Dächern, was  
für ein patriarchalisches Verhältnis zwischen ihm und seinen Günst-  
lingen besteht. Ist es nicht ein Schauspiel für Götter, gewisse Ar-  
beiter als Bankiers von Mönckemeyer jungieren zu sehen? Beehrte  
er doch einen Arbeiter sogar in aller Herrgottsfrüh, bisweil dieser  
noch in den Federn lag. Auch ist es nichts ungewöhnliches, M. hin  
und wieder bei einer sogenannten Bierreise zu ertappen. Und so  
geschah es, als man einmal wieder in Seligkeit schwamm und etwas  
nötig hatte, einen Arbeiter mit den klassischen Worten anzugehen:  
„Geirich, nimm mir mal den Finger in Hals, ich muß's e...“  
Angesichts dieses erinnere man sich einmal der schönen Rede, die  
feinerzeit Herr Konegen vor versammeltem Volke gehalten hat,  
worin ja so stark die Achtung vor dem Vorgesetzten betont wurde.  
Die Behandlungsweise, die teilweise den Arbeitern zu teil wird,  
läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Ist es doch keine Seltenheit,  
plötzlich einmal einen Meister mit der Uhr in der Hand hinter sich zu  
haben, und schließlic nach Belieben entgegenzunehmen, die es  
deutlich fühlen lassen, daß man eben nur Arbeiter ist. Um nun gar  
keinen Zweifel aufkommen zu lassen, daß die Firma ebenso denkt,  
hat man sogenannte Strafbücher angelegt. Ein günstiger Moment  
gestattete einen Einblick in eines derselben. Da heißt es: Einem Dreher  
wegen groben Unfalls 50 Pf.; einem Dreher wegen mangelhaften Ar-  
beiten für 22 Stunden keinen Lohn; zwei Arbeiter wegen ungebühr-  
lichen Benehmens und frühzeitigem Verlassen der Arbeit 50 Pf. u. f. w.  
Nun, in einem solchen Betrieb, der solcher übertriebener Mittel be-  
dient, ist etwas nicht in Ordnung, und wird es Aufgabe der organi-  
sierten Arbeiter sein, hier endlich einmal die besternde Hand anzu-  
legen, damit solchen Umständen ein Ende bereitet wird.

Breslau. Die Dreher der Maschinenbauanstalt Breslau sind  
gezwungen, die Kollegen Deutschlands auf die miserablen Zustände  
aufmerksam zu machen und um Fehhaltung des Zugzugs zu bitten.  
Die bisherigen Verträge der Ortsverwaltung, auch das letzte Gesetz  
des Bevollmächtigten forderte Abhilfe zu schaffen, ist von der Ver-  
triebsleitung nicht berücksichtigt worden. In den letzten Wochen ist  
es vorgekommen, daß Dreher mit einem Wochenlohn von etwas über  
7 Mk. nach Hause gingen. Die Affordpreise werden bei jeder  
Arbeit reduziert, manchmal bis zu 50 Prozent. Doch nicht allein  
Abzüge, sondern auch ungleiche Preise für die gleichen Arbeiten, je  
nach Laune des Kalkulators oder des Werkmeisters. Bei ganz un-  
bedeutenden Handlungen oder Versehen werden gute und brauchbare  
Kollegen entlassen, trotzdem sie jahrelang ihr Schuldigkeit getan haben.  
Wir werden uns deshalb mit allen Kräften wehren und Maßnahmen  
treffen, diese erbärmlichen Zustände nach Möglichkeit zu bekämpfen.  
— Zum Kampf der Berliner ausgedehnten Metallarbeiter  
Stellung zu nehmen, berief die Ortsverwaltung des Metallarbeiter-  
Verbandes 16. Oktober im Saale des Gewerkschaftsbaus eine  
öffentliche Versammlung aller Gütler, Metallbrücker  
und Gelbgießer ein. Kollege Kordigke schloßte eingehend die  
Ursachen des Kampfes. Die Gütler, Metallbrücker haben keine er-  
höhte Forderung an die Arbeitgeber gestellt, ihnen sei es lediglich  
daran zu tun, eine Einheitslohn in der Lohnzahlung wie in der  
Arbeitszeit herbeizuführen und forderten daher tarifliche Festlegung.  
Der Stundenlohn für Gütler betrage 50, für Metallbrücker 60 Pf.  
Das sei für Berliner Verhältnisse ein berechtigter Lohn und könne  
von niemandem als unbedenklich gehalten werden. Diese Löhne  
werden auch in Berlin gezahlt. Der Bund der Metallindustrie, die  
Führer, wollten aber daraus eine Nachfrage konstruieren,  
um den Metallarbeiter-Verband zu Grunde zu richten. Es stehe  
hier Organisation gegen Organisation. Die Breslauer Kollegen haben  
das lebhafteste Interesse, den Berliner Kollegen in ihrem schweren  
Kampfe zum Siege zu verhelfen, ihre Pflicht sei es, helfend einzu-  
springen. Das Unternehmertum dürfe nicht triumphieren. Vor allen  
Dingen sei darauf zu halten, daß in Breslau keine Streikarbeit ver-  
richtet werde. Dies letzte Kordigke den Anwesenden besonders ans  
Herz. Nach einer Debatte wurde folgende Resolution angenommen:  
„Die heute den 18. Oktober, im Gewerkschaftsbaus tagende Versamm-  
lung der Breslauer Gütler, Metallbrücker und Gelbgießer erklärt  
sich mit den Forderungen des Referenten einverstanden, sie erkennt  
an, daß die Forderungen der Berliner Kollegen berechtigte und be-  
scheidene sind, und indem sich die Breslauer Kollegen mit ihnen solli-  
darisch erklären, verpflichten sie sich, sie moralisch und materiell in  
ihrem Kampfe zu unterstützen, insbesondere dadurch, daß sie erklären,  
Streikarbeit nicht zu leisten.“ Zum Schluß ermahnte Kordigke die  
Versammelten, sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen,  
damit, wenn in Breslau die Lohnfrage an sie herantritt, sie einen  
Lohnkampf aufnehmen vermögen. Ein große Anzahl Kollegen  
trauen dem Verbands bei.

Chemnitz. Unter den Stemmern (Reißschmiede) der Säch-  
sischen Maschinenfabrik drohen Differenzen auszubringen, weil  
dort willkürliche Lohnberechnungen vorgekommen sind. Zugzug ist fer-  
nzuhalten.



Dortmund. Zugug von Zingiefern ist wegen Differenzen fernzuhalten.

Wannheim. Zugug von Metallbrüchern ist wegen Lohn-differenzen fernzuhalten.

Schönebeck. In der hiesigen Metallindustrie haben sich die Mißstände derart angehäuft, daß es wohl angebracht erscheint, sie einmal näher zu beleuchten. Vor ungefähr Jahresfrist trat der neue Direktor, Herr Treslow, in das Werk ein und es schien so, als ob mit ihm ein neuer Geist in dieses Werk eingeblasen wäre. Wenigstens räumte er mit dem seiner Aufgabe nicht gewachsenen Trost von Meistern auf; auch zeigte er sich sozialpolitischen Ansichten nicht unzugänglich. Doch es sollte bald anders werden. Herr Treslow ließ sich als „Betriebsleiter“ Herrn Ruppenthal kommen, der einige Zeit in Amerika gewesen sein soll. Dieser sucht nun seine amerikanischen Umwandlungen hier einzuführen. Zum ersten galt es, die Maschinen, Drehbänke etc. derartig zusammenzurücken zu lassen, daß es den einzelnen Arbeitern nicht möglich ist, um die Maschinen herumzugehen, ohne Gefahr zu laufen, von den Getrieben erfaßt zu werden. Die Gänge zwischen den Maschinen sind so schmal, daß es den Arbeitern nur mit Mühe gelingt, sich hindurchzuzwängen, auch beim Arbeiten hindert einer den andern. Jedenfalls wird sich die Fabrik-inspektion mit diesem Zustand befassen. Die Affordpreise werden von dem Herrn derartig festgesetzt, daß man nicht weiß, ob der Preis für das Herstellen oder für das Zählen sein soll, die bestehenden Affordpreise sind bis zu 50 Prozent und noch mehr heruntergesetzt. Hier einige Beispiele: Je 100 Getriebe von 12,80 auf 6 Mk., Steuerriegel von 9 auf 5 Mk., konische Mütter von 4 auf 2 Mk., Getriebe von 16,60 auf 7 Mk. Derartige Fälle liegen sich noch zu Dutzenden anführen. Als Folge dieser Herren gefallen sich die Herren Drehmeister Reiche, seines Zeichens Geschieber, Schlossmeister Steinbach, seines Zeichens Dreher, und als dritter in der Schloßerei werden wir in einer der nächsten Nummern beleuchten, den Arbeitern aber rufen wir zu: Legt die Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit ab und schließt euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an, damit wir in die Lage kommen derartige Zustände zu beseitigen.

Sellingen. Die Firma Kieferling & Albrecht, Eisengießerei und Maschinenfabrik bemüht sich, durch den früheren Techniker Gabriel von auswärtigen Arbeitern heranzuziehen. Ganz besonders glaubt man in Thüringen und Schloßen billige Arbeitskräfte zu finden. Die in letzter Zeit hier eingestellten Leute (Dreher, Schlosser) haben fast durchgängig den Lohn von 3 Mk. pro Tag angeboten erhalten. Das ist für die hiesigen Verhältnisse so wenig, daß die bisher angekommenen Fremden es vorzogen, sobald wie möglich diesem Werte den Rücken zu kehren. Eine Sperre unter diesen Verhältnissen zu verhängen erachten wir nicht für richtig. Nachdem aber den Kollegen Kenntnis geworden, mögen sie die Nutzenwendung aus unsern Mitteilungen ziehen.

Torgelow. Bei der hiesigen Firma Bollgold & Sohn arbeitete der Dreher G. für einen Stundenlohn von 25 Pf. Trotzdem er als Dreher engagiert war, mußte er Arbeiten verrichten, die nicht in sein Fach gehörten. Da G. ein besseres Angebot erhielt, wonach er anstatt 25 Pf. 35 Pf. erhalten und auch Arbeiten verrichten sollte, die ihm die Möglichkeit gaben, sich in seinem Fach zu vervollkommen, so bat er den Inhaber der Firma, Herrn Bollgold, ihm seine Papiere zu geben. Da aber vierzehntägige Kündigung laut Fabrikordnung besteht, wollte Herr Bollgold anfangs die Papiere nicht hergeben; tat es aber schließlich doch. Die Invalidentaxe, das Arbeitsbuch mit der gesetzlichen Eintragung, wie lange der Dreher bei der Firma gearbeitet hat, wurden ihm ausgehändigt. Von dem auszuhaltenden Lohn wurden jedoch folgende Strafen in Abzug gebracht: 15 Mk. Strafe wegen Kontraktbruch, 1,25 Mk. wegen Fehlens bei der Arbeit, 1,25 Mk. wegen Ungehorsam gegen den Meister, in Summa 17,50 Mk. Mit dieser Sache wird sich das Gewerbegericht noch zu befassen haben. Der Arbeiter, im Besitz seiner Papiere, trat die neue Arbeitsstelle an und glaubte alles soweit in Ordnung zu haben. Aber es kam anders. Herr Bollgold hinderte den Dreher G. an der Arbeit, indem er an die betreffende Firma einen eingeschriebenen Brief sandte, in dem er den Dreher des Kontraktbruchs beschuldigte und seine Entlassung forderte, widrigenfalls die Firma verklagt werden würde. Die Firma entließ den Dreher auch mit dem Bemerkten, daß er unter diesen Umständen nicht weiter arbeiten könne. Der Dreher ist nun arbeitslos, und werden wir ja sehen, wie sich das Gewerbegericht in diesem Falle stellt. Die Torgelower Metallarbeiter sollten aber hieraus ersehen, daß sie, wenn sie gegenüber der Willkür des Unternehmers nicht länger schuglos stehen wollen, sich der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anzuschließen haben. Freilich nicht vorübergehend, sondern für immer, damit die etenden Zustände und die schlechte Bezahlung in den Torgelower Eisengießereien endlich beseitigt werden können.

**Nadelmacher.**

Hachen. Der Streik der 32 Nähmaschinen-Nadelmacher zur Erringung besserer Behandlung bei der Firma Karl Fuhs & Cie. dauert jetzt schon zehn Wochen. Von uns ist alles versucht worden, eine Einigung zu erlangen, aber jedesmal scheiterte sie an dem Trotz der Inhaber, Gebrüder König, trotzdem diese Herren auf einen sehr streng kirchlich-katholischen Standpunkt stehen. Sie haben auch bereits zu Anfang des Streikes schwarze Listen an die hiesigen Fabrikanten versandt. Auch geben sie immer an, daß sie von den streikenden Arbeitern keinen mehr einstellen wollen, weil sie Arbeiter genug hätten. Wie es damit aber steht, ersehen wir, daß sie in den zehn Wochen als Gehalt für die Streikenden, die alle gelernte Arbeiter sind, an Arbeitswilligen erhalten haben: vier gelernte Nadelmacher, einen Bergmann, einen Tischler, zwei gelernte Arbeiterinnen und zirka zehn Kinder von vierzehn bis fünfzehn Jahren. Die Inhaber der Firma müssen mit Blindheit geschlagen sein, weil sie nicht einsehen, daß sie durch die von solchen Arbeitern hergestellten Fabrikate sich den Abzug bei besserer Kundschafft ganz unmöglich machen. Bei diesem Streike sehen wir aber auch wieder klar, daß der größte Feind der Arbeiter der Arbeiter selbst ist. So verfuhr der Hammerrichter Lambert Boffen auf dem Lande Arbeitswillige zu werben und Kindern von fünfzehn Jahren das Schmirgeln zu lernen. Der Hammerrichter Leonhard Schröder hat Streikbrecher angeworben; Streikbrecher anderer nach Hause gebracht hat der Hammerrichter Matthias Carnott. Der Blockarbeiter Adam Müller, der in letztem Wochenlohn steht und mitunter für 3 bis 4 Mk. Arbeit die Woche verrichtet als ihm ausbezahlt wird, sorgt recht fleißig für Herstellung von Werkzeug für die Arbeitswilligen. Der frühere Meister in einer anderen Fabrik, der jetzige Hammerrichter zweiter Güte, Arnold Michels, begleitet die Arbeitswilligen Gebrüder Gobber zur Arbeit und wieder zu Hause, falls der Meister Schiffer oder Herr Josef König verhindert sind, sie zu begleiten. Der Nadelmacher Peter Ernst hatte auf Ehrenwort versprochen, keine Arbeit von anderen zu verrichten, trotzdem er schon in den ersten Wochen das Bartschleifen verrichtete. Der Wilsener Johann Gottfried hat sich am Briefkasten produziert. Der Stämpfer Franz Supper hat seinen Sohn im Alter von fiebzehn Jahren zum Lernen mitgebracht. Alle haben sie versucht, ihren kämpfenden Arbeitsbrüdern durch Verrichten von Streikarbeit in den Mägen zu fallen und bei dem Herrn sich so hingestellt, als ob sie zufrieden seien mit der bisherigen Behandlung, trotzdem sie stets die Unzufriedenheiten waren, aber nicht den Mut besaßen, mit einzutreten für menschenwürdige Behandlung. Die Firma wird sich wohl sehr freuen, wenn sie glaubt, durch diese Arbeiter in die Lage versetzt zu werden, allmählich Ersatz für alle Ausständigen zu ergattern; denn ein jeder denkender Nadelmacher wird unter solchen Verhältnissen, wie sie in der Fabrik existieren, schwerlich arbeiten wollen. Dieser Streik ist für die gesamten Nadelmacher von großer Wichtigkeit, bleibe also jeder Arbeiter dieser Fabrik fern, dann wird der Streik doch zum Vorteil der gesamten Nadelarbeiter verlaufen. Trotz aller Machinationen, denen die Streikenden von der Firma, der Behörde, den Arbeitswilligen und dem christlichen Metallarbeiter-Verband ausgesetzt waren, ist auch kein einziger unter geworden, was deutlich beweist, wie unwürdig die Behandlung gewesen ist.

Burkhardtshof. Der Nadelmacherstreik bei Schüppel & Kollegen in den Rücken gefallen und die Arbeit aufgenommen haben. So war es der Nadelmacher Förster, der in elf Wochen herausstellte, mit dem Fabrikanten korrespondierte. Als sein Vertreter Nadelmacher Schürs war von Schüppel verlagert worden. Da er ihm angeblich 168 Mk. schulde, die er nicht bezahlen konnte, da er Angabe von Schürs habe einen Sichtwechsel unterschrieben, daß, wenn er im Falle eines Streiks nicht weiterarbeite, er diese Summe zu bezahlen habe. Schürs war nun verurteilt, dieses Geld zu bezahlen, und als er es nicht konnte, sind seine Möbel verpfändet worden. Darauf gab er dem Schüppel das Versprechen, binnen einer Woche die Arbeit aufzunehmen, und darauf wurden die Siegel pfändet werden, was aber erfolglos blieb, weil so wenig Sachen vorhanden waren, daß deren Wert zu der Schuld in keinem Verhältnis stand. Jetzt gab Schürs an, daß er den Offenbarungseid leisten solle, was er nicht könne, und ins Gefängnis gehe er nicht. Der Bevollmächtigte versprach nun dem Schürs, die Schuld an Schüppel bezahlen zu wollen, er müsse ihm aber den Sichtwechsel überliefern, da er sonst annehmen könne, es sei eine fingierte Schuld, Reuther der Rat gegeben worden, er solle einen Schuldschein von 50 Mk. unterschreiben, damit er dann zu den Ausständigen sagen könne, er müsse arbeiten. Schürs war auch mit dem Vorschlag einverstanden, ging aber trotzdem am nächsten Tage als Arbeitswilliger in den Betrieb. Schürs hatte gleichfalls in elf Wochen 168 Mk. Streikunterstützung bezogen, was er zu verdienen kaum in der Lage gewesen wäre. Außer diesen zwei Leuten hatte auch der Nadelmacher Schubert die Arbeit aufgenommen, trotzdem er in elf Wochen 176 Mk. an Streikunterstützung bezog. Angehts dieser Zustände konnte der Streik nicht mehr aufrecht erhalten werden und ist dessen Beendigung einstimmig beschlossen worden. Ausgesperrt sind noch 21 Mann, davon sind 17 verheiratet.

**Rundschau.**

Einer der eigenartigsten Versammlungsprozesse ist jetzt vom preussischen Kammergericht erledigt worden. Die Vergarbeiter der Florentiner Grube in Oberschlesien waren in einen Streik getreten und erwarteten, daß der Arbeitersekretär Winter sich ihrer annehmen und für sie mit dem Grubenbetriebsrat verhandeln werde. Sie sammelten sich an mehreren Tagen zu Hunderten vor dem Arbeitersekretariat an und schickten, nachdem Winter sich durch einen Mittelsmann, Genossen Scholtz, mit ihnen dahin verständigt hatte, eine fünfzigköpfige Deputation in sein Bureau. Unter Hilfe Scholtz's nahm dann Winter die Wünsche der Arbeiter, die die Deputierten vortrugen, zu Protokoll. Nachdem die Deputierten unterschrieben hatten, betrat die draußen harrenden Hunderte von Arbeitern nach und nach das höchstens 30 bis 40 Personen fassende Bureau, um es ebenso alsbald, nach Leistung der Unterschrift, wieder zu verlassen. Dem ersten wurde das Schriftstück vorgelesen, die weiteren versicherten auf das Vorlesen und Lesen einfach ihren Namen darunter. Polizei und Staatsanwaltschaft kamen auf den grandiosen Einfall, daß sich jener Vorgang zur Konstituierung einer Versammlung verwerten ließe, und zwar einer Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten und erörtert worden seien. Und das folgte. Sowohl das Schöffengericht als auch das Landgericht in Beuthen O.S. verurteilten Dr. Winter zu 40 Mk. Geldstrafe wegen Aufhebung einer derartigen Versammlung ohne die polizeiliche Anmeldung, die § 1 des Vereinsgesetzes dafür vorschreibt. Das Landgericht führte aus: Hunderte von Arbeitern seien in den Räumen Winters mit seiner Zustimmung erschienen, wenn sie auch nicht alle zugleich darin verweilt hätten, so hätten sich doch 30 bis 40 bei dem Tuchmaria darin aufgestellt. Und die Leute habe dort die gemeinsame Absicht, der Grubenverwaltung ihre Wünsche in einer hier zulässigen Form zu unterbreiten, zusammengeführt. Die Zusammenkunft sei als Versammlung und Dr. Winter als Veranstalter, Leiter und Redner dieser Versammlung anzusehen. Auch sei die Annahme der Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gerechtfertigt. Die Lohnfrage der Arbeiter der Florentiner Grube sei nicht bloß deren private Angelegenheit, sondern es werde durch ihr Ausbleiben auf die Verhältnisse der Arbeiter anderer Gruben im Falle der Bewilligung eingewirkt. Auch deren Löhne würden dann steigen und schließlich konnte vielleicht eine Verrentierung der Kohlepreise heraus, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten sei gegeben. Wenn nun der Angeklagte mit der Deputation die geeignete Fassung des Schriftstückes besprach und den anderen, wenigstens einem Teile derselben, das Schriftstück vorgelesen worden sei, so habe man öffentliche Angelegenheiten erörtert. Die Erörterung könne auch eine einseitige sein. Es genüge, wenn Winter die Angelegenheit ihrem Grund und Wesen nach auseinandersetze. Das Verlesen des Schriftstückes sei auch schon eine Erörterung seines Inhaltes.

Für der Angeklagten legte Rechtsanwalt Wolfgang Heine Revision ein, indem er in längerer, scharf pointierter Rechtsdarlegungen die Deputationen des Gerichts als völlig unzulässig angrieff. Das Kammergericht selbst habe in dem Fall Urban (evangelischer Sektenprediger) ausgesprochen, daß eine Versammlung eine Zusammenkunft sei, die ihrer Natur und ihrem Umfang nach eines Vorstehers oder Leiters bedürfe, oder wobei ein solcher doch gebrauchlich sei. Davon sei hier gar nicht die Rede, und ebensowenig könne es sein von einer „Erörterung“ „öffentlicher“ Angelegenheiten. Die Leute hätten doch lediglich ihre Wünsche formulieren lassen und seien dabei lediglich von privaten Gesichtspunkten ausgegangen. Wenn das Landgericht recht hätte, dann bestimme er ganz offen, daß fast täglich in diesem Sinne in seiner Kanzlei „Versammlungen zwecks Erörterung öffentlicher Angelegenheiten“ stattfänden.

Das Kammergericht gab der Revision statt, hob die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei. Die Annahme, daß hier öffentliche Angelegenheiten erörtert seien, wäre rechtlich unzulässig. Wenn die Arbeiter einer bestimmten Grube, eines bestimmten Betriebs höheren Lohn haben wollten, dann sei das keine öffentliche Angelegenheit. Hiernach konnte es auf die anderen Fragen nicht mehr an; es spreche indes viel dafür, daß auch der Begriff der „Versammlung“ verkannt worden sei.

**Über das Streikpostenfischen**

Ist wieder ein gerichtliches Urteil gefällt worden, das den Widerspruch heraufschreit. Die Wilsener Schulz und Karl Radich in Berlin waren mit je 30 Mk. Geldstrafe belegt, weil sie an 16. Mai vormittags gegen 1 Uhr anlässlich eines Streiks in der Garwinchen-Maschinenfabrik auf dem Bürgersteig vor den Häusern Drontheimerstraße 19 bis 21 als Streikposten auf und ab gingen und der Aufforderung eines Aufsichtsbekannteten, die Gegend der Fabrik und die Drontheimerstraße zu verlassen, keine Folge geleistet haben. Das Amtsgericht bestätigte diesen polizeilichen Strafbefehl. Gegen das Urteil legte Rechtsanwalt Dr. Heinemann Berufung ein. Er legte dar, daß die Angeklagten nach keiner Richtung die öffentliche Ruhe oder Ordnung oder Sicherheit gefährdet hätten. Dies bestätigte auch der Schatzmann, berief sich aber auf eine allgemeine Instruktion des Polizeikommandanten. Die Verhandlung verlief derart, wie der Vortrag, um der Angeklagten zu hören. Im fertigen Termin vor der Strafkammer betonten die Angeklagten: Wir haben niemand belästigt, nicht einmal jemand angesprochen, wozu wir freilich das Recht hätten. Wir wurden von Arbeitern darüber befragt, weshalb so viele Streikposten auf der Straße sind. Darauf legten wir den Fragenden dar, daß und weshalb Streik bei Herrn Garwin ausgebrochen war. Der Schatzmann hatte kein Recht, uns, die wir uns ruhig benahmen, den Aufenthalt in der Drontheimerstraße zu verbieten. Der Schatzmann höchst befand: Wir waren vom Revierkommandanten instruiert,

energisch gegen die Streikposten aufzutreten, diese nicht zu dulden. Die Angeklagten gingen vor der Fabrik nach beiden Seiten hin und her. Sie sprachen öfters mit Leuten, die nach der Fabrik zurückgingen, dann aber nicht in die Fabrik hineingingen. Ich jagte den Angeklagten: Entfernern Sie sich von der Fabrik und aus der Drontheimerstraße, hier wird gestreift, es soll nicht geduldet werden, daß Sie hin und her gehen; im Interesse der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit fordere ich Sie auf. Das die öffentliche Ruhe, Sicherheit oder Bequemlichkeit durch die Angeklagten tatsächlich gestört wurde, vermag ich nicht zu befeunden. Die Verwendung gebrauchte ich, weil wir instruiert waren, so uns auszudrücken. — Der Polizeikommandant erklärte als Zeuge: Daß ich dem Schatzmann die Instruktion erteilt habe, ist wahrscheinlich. Ich hielt mich zu solcher Instruktion für berechtigt, weil mir von der Fabrikleitung oder von Beamten der Fabrik mitgeteilt war, ein Arbeitswilliger habe seine Papiere zurückgefordert, weil er Beschäftigung nicht über sich ergehen lassen wolle und weil meines Erachtens die öffentliche Ruhe, Bequemlichkeit, Ordnung und Sicherheit insbesondere mit Rücksicht auf die Vorkommnisse, wie sie im vergangenen Herbst anlässlich eines Streiks zu meiner Kenntnis gekommen waren, gefährdet waren. Tatsachen vermag ich aus dem Bericht mitzuteilen, daß sich die Fabrikleitung mehrfach über Ausschreitungen beschwert hat; es wurde auch damals polizeilich oder gerichtlich vorgegangen. Aus diesem Jahre führe ich an, daß ein Arbeiter wegen Belästigung fesselt, aber entlassen werden mußte, weil Schreiverletzungen ihm nicht nachzuweisen waren. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, in Vertretung des Dr. Heinemann beantragt die Freisprechung der Angeklagten. Die Beweisaufnahme habe klar die Unschuld erwiesen, die sich ihrem im Rahmen des ihnen zuzulassenden Rechts gehalten haben. Nachdem das Kammergericht nicht im Interesse der öffentlichen Sicherheit und so weiter, sondern zur Behinderung des Streikpostenfischens ergangen sei, sei nun gemillert worden die Instruktion instruiert worden, daß der Schatzmann im Interesse der öffentlichen Ruhe und so weiter vorgehe. Das sei durchaus unzulässig. Das Gericht erkannte auf Verwerfung der Berufung. Der Schatzmann habe, so etwa lauteten die Gründe, die Aufforderung allerdings nicht auf Prüfung hin zu erlassen, ob die konkrete Sachlage die öffentliche Ruhe, Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit fördere, aber auf Grund einer allgemeinen Instruktion, die dahin ginge, Streikende im Interesse der öffentlichen Ruhe etc. aus der Drontheimerstraße zu weisen. Zu solcher Verurteilung sei aber der Polizeikommandant als Inhaber der Polizeigewalt berechtigt gewesen. Er habe aus Mangel der Vorkommnisse im Herbst und jetzt die Ruhe etc. durch Streikposten für gefährdet erachtet und das mit Recht. Freilich hätten die Angeklagten das Recht, sich auf der Straße zu bewegen, aber dasselbe Recht haben alle anderen; und in diesem Recht werden die anderen beeinträchtigt, wenn sie von Streikposten angesprochen werden. Der Fall liege ebenso, als ob Heilsarmeeanhänger mit ihrer Werbung auf der Straße vorgingen oder als ob Unhaltsozialisten andere vor dem Wirtshaus, daß sie betreten wollen, ansprächen.

Mit Recht bemerkt dazu der Vorwärts: Nun sage Ben Aliba noch, es gebe nichts Neues unter der Sonne. Erst sucht die Reichsregierung durch ein Reichsgesetz das Streikpostenfischen zu hindern: Der Reichstag lehnt das Gesetz ab. Dann suchen Eingekerkerten, wie Lübeck, durch Parteilargefesse dasselbe Ziel zu erreichen: Das Reichsgericht erklärt solches Vorgehen als ein rechtswidriges Verstoß gegen Reichsgesetze: Lübeck und Wiedenburg müssen ihre Parteilargefesse aufheben. Nun dekretiert ein Polizeikommandant: Streikposten sind nicht zu erlauben, und siehe da, ein preussisches Gericht erklärt diese Verfügung rechtswidrig. Es übertrifft dabei erheblich, daß der Polizeikommandant ein Gefühlsbeamter und nicht Inhaber der Polizeigewalt ist (das ist in Berlin allein der Polizeipräsident), zweitens, daß auch der Polizeipräsident Verordnungen nur auf dem im Gesetz vorgeschriebenen Wege (Publikation nicht Instruktion) erlassen kann und drittens, daß Polizeiverordnungen nie mit dem Gesetz in Widerspruch stehen dürfen. Nebenbei wird das aus dem Bürgerrecht den Angeklagten stehende Recht, die öffentlichen Straßen zu benutzen, im Urteil verletz. Für diese vier Rechtsgründe des Gerichts sollten die Angeklagten je 30 Mk. zahlen? Was ist trotz Ben Aliba noch nicht dagewesen. — Die Angeklagten werden Revision einlegen.

**Gewerbegerichtswahl in Trier.**

Darüber wird der Rheinischen Zeitung berichtet: Bei der Gewerbegerichtswahl wurden die vier Kandidaten der freien Gewerkschaften mit 219 bis 220 Stimmen gewählt, während die christlichen Kandidaten 202 bis 204 Stimmen erhielten. Der Sieg der freien Gewerkschaften ist der Darsbacher Trierischen Landeszeitung arg und die Herren geschlagen. Das Blatt schreibt: „Die Kandidaten der sogenannten freien — in Wahrheit sozialdemokratischen — Gewerkschaften haben gesiegt, wenn auch nur mit geringer Mehrheit. Aber sie haben gesiegt und das ist eine beachtende Tatsache für die christlichen Arbeiter Triers, die sich bei dieser Wahl geradezu unverantwortlich nachlässig gezeigt haben. So wies zum Beispiel die Versammlung am letzten Sonntag in der Revieris lange nicht den Besuch auf, den sie hätte haben müssen, wenn die christlichen Arbeiter für ihre eigenen Interessen das notwendige Interesse an dem Tag gelegt hätten. Diesmal haben sie sich eine Niederlage geholt, möge ihnen dies eine Lehre für die Zukunft sein. Ihre Gegner sind — das beweisen die gestrigen Wahlen — hier in Trier bereits in solcher Anzahl vorhanden, daß sie nicht mehr unterschätzt werden dürfen. Mögen die christlichen Arbeiter die Zeit bis zu den nächsten Gewerbegerichtswahlen so ausnützen, daß sie in der Lage sind, dann die am gestrigen Tage erlittene Schlappe wett zu machen.“

Die wackeren Mitglieder der freien Gewerkschaften in Trier, die auf den unter so schwierigen Verhältnissen erfochtenen Sieg stolz sein können, werden schon auf der Wacht sein und das Gerüchte nicht nur festhalten, sondern auch noch neues hinzuzuerobern müssen. Über die Wahl selbst läßt sich die Landeszeitung noch schreiben: „Wohl selten hat man einen größeren Andrang gesehen, wie gestern bei der Wahl von Beisitzern zum Gewerbegericht seitens der Arbeitnehmern. Während der Wahlstunden war das rote Haus, wo die Wahl stattfand, wie belagert. Vor 8 Uhr abends strömten die Wahlberechtigten in Massen zum Wahllokal, so daß der Gewerbegerichtssaal dieselben kaum fassen konnte. Leider waren es zum größten Teil Gegner der christlichen Arbeiter. Diese haben im Stillen agitiert und ganze Fabriken haben für die Kandidaten der freien Gewerkschaften gestimmt.“

Nun ja, auch in der finsternen Erde wird es allgemach heller, so sehr das auch die Dunkelmänner betrüben mag. Am Tage vorher, am Dienstag, sind die Wahlen der Arbeitgeberbetreiber vorgenommen worden. Die Beteiligung war unter allem Luder: ganze vierzehn Stimmen wurden für vier Kandidaten abgegeben. Daran erkennt man das Interesse der Arbeitgeber, die in Trier meist zum sozial-reformistischen Zentrum gehören, an unserer Sozialgesetzgebung.

**Briefkasten.**

W. F. Varmen. Während der Dauer des Ausschlussverfahrens ruhen die Rechte und Wahlen der Mitglieder. (§ 3 Abs. 16 des Statuts).

**Inhalt von Nr. 44.**

Die Uhrenindustrie in der Schweiz. — Lebensversicherung, Sterblichkeit und Gewerkschaftsbewegung. — Arbeitsmarkt. — Konferenz der Vorstände der Zentralverbände. — Der amerikanische Messerschmid. — Ein weiteres Anzeichen zur Ausperrung in Sterlehn vor der Eugenier Strafkammer. — Der Herr Abgeordneter über die Ausperrung in Sterlehn. — Zwei Verfassungen der Berliner Metallarbeiter. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung. — Bekanntmachung des Ausschusses. — Korrespondenzen. — Rundschau: Einer der eigenartigsten Versammlungsprozesse. — Über das Streikpostenfischen. — Gewerbegerichtswahl in Trier.



